

# NACHRICHTEN

## ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21395 E

6

Frankfurt, Juni 1972 Einzelpreis 1,50 DM XII. Jahrgang

**D**er 9. ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes — vom 25. Juni bis 1. Juli 1972 in Westberlin — findet in einer Zeit statt, in der die Unternehmerverbände ihre Angriffe auf die Gewerkschaften verstärken und die Tarifautonomie zugunsten von Höchstprofiteuren durch eine Perfektionierung der konzentrierten Aktion weitgehend beseitigen wollen. Sie schüren eine neue Antikommunismuswelle, die sich gegen alle aktiven Gewerkschafter richtet.

Vor den 453 Delegierten steht die Aufgabe, im Namen der fast 7 Millionen organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten diesen Angriff zurückzuweisen und Maßnahmen festzulegen, wie die eigenen vom Arbeiterinteresse bestimmten Forderungen verwirklicht werden können. Die großen Kampfaktionen in den letzten Apriltagen und am 1. Mai 1972 gegen die geplante kalte Mäntelverschleierung von Strauß und Barzel, für die Ratifizierung der Verträge mit Moskau und Warschau haben den Beweis erbracht, daß die Arbeiterklasse durchaus in der Lage ist, den reaktionären Kräften Paroli zu bieten.

*Jetzt kommt es darauf an, auf dem DGB-Kongreß Beschlüsse zu fassen, die mithelfen — wie DGB-Vorsitzender Vetter mehrfach betonte — die Ostverträge mit Leben zu erfüllen. Neben der Unterstützung einer europäischen Sicherheitskonferenz und dem Ausbau der Beziehungen zu den Gewerkschaften der sozialistischen Länder gehört dazu vor allem die Senkung der Rüstungsausgaben, damit die erforderlichen Mittel für die Lösung der dringenden sozialen Aufgaben frei werden. Wenn die Delegierten*

### DGB-Kongreß: Gemeinsam für Fortschritt

den des DGB-Kongresses nunmehr prüfen, inwieweit das Forderungsprogramm des DGB an die jetzige Bundesregierung vom 22. Oktober 1969 realisiert wurde, dann ist die Zwischenbilanz negativ. Die Mehrzahl der Forderungen blieb unerfüllt. Die Schlußfolgerung daraus kann nur lauten: sich auf die eigene Kraft zu besinnen und es nicht bei bloßen Appellen an Bundestag und Bundesregierung zu belassen. Nur so können die Unternehmerangriffe abgewehrt und die Voraussetzungen geschaffen werden, das kapitalistische Herrschaftssystem im Interesse der Arbeiterklasse zu verändern. Das sollte auch Richtschnur für die Diskussion über den Inhalt des Entwurfs eines neuen Aktionsprogramms des DGB sein.

Den DGB richtig für die Zukunft zu programmieren, heißt nicht zuletzt, die Gewerkschaften als unabhängige, nur den Arbeiterinteressen verpflichtete Kampforganisationen zu stärken und alle Versuche, die Gewerkschaften in systemstabilisierende Ordnungsfaktoren zu verwandeln, entschieden zu bekämpfen. Darum sollte auch die vom Monopolkapital und der CDU/CSU in die Gewerkschaften hineingetragene neuerliche Antikommunismuswelle verurteilt werden und das gemeinsame Handeln aller Gewerkschafter, unabhängig ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, christliche oder parteilose, den Inhalt des DGB-Kongresses bestimmen.

#### Aus dem Inhalt

|   |     |
|---|-----|
| Verträge bringen Vorteile   | 2   |
| Gegen Bombenanschläge   | 3   |
| Mehr fordern!   |     |
| Wieder aktive Tarifpolitik nötig  | 4   |
| Bergbau:  |     |
| Verhandlungen gescheitert   | 4   |
| Spielraum eingeschränkt   |     |
| Zur Rolle der konzentrierten Aktion in der Tarifpolitik                               | 5   |
| Vor dem 9. DGB-Kongreß  | 6—8 |
| FDGB-Kongreß  | 8   |
| OTV auf Regierungskurs  |     |
| Bericht vom 7. Gewerkschaftstag   | 9   |
| Warnung vor „Hexenjagd“   |     |
| NACHRICHTEN-Umfrage zum Berufsverbot auf dem OTV-Gewerkschaftstag                     | 10  |
| Kritik an der Tarifpolitik  |     |
| Bericht von der Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik                          | 12  |
| 100 Jahre Gewerkschaft Leder  | 13  |
| Ohne Ende hohe Unfallzahlen   | 14  |
| Der Coup der Zechenherren   |     |
| Bergarbeiterkonferenz der DKP   | 15  |
| Betriebsratswahlen 1972   | 16  |
| Unternehmer starten Angriff   |     |
| 15 Millionen für Propagandaaktionen gegen Gewerkschaften                              | 17  |
| Monopol, Profit und Umwelt  |     |
| Zu Problemen des Umweltschutzes   | 18  |
| Aufgaben heute und morgen   |     |
| Aus Diskussionsreden polnischer Gewerkschafter auf der IG-Metall-Tagung in Oberhausen | 19  |
| Weiterhin Krankenhauskrise  | 20  |
| Welthandelskonferenz in Chile   | 20  |
| FDGB am Magistratstisch   | 21  |
| DDR: 18 Wochen Urlaub bei Geburt  | 22  |
| Buchbesprechungen   |     |
| „Mitbestimmung — Gewerkschaft“  | 23  |
| „Kassenkämpfe in Westeuropa“  | 23  |
| „Für die Befreiung der Frau“  | 23  |

# Verträge bringen Vorteile

## Verträge mit Moskau und Warschau ratifiziert Erfolg für das Volk — Niederlage für die CDU/CSU

Mit 248 Stimmen der SPD/FDP und gegen 10 Stimmen bei Stimmenthaltung der CDU/CSU wurden die heftig umkämpften Verträge im Bundestag beschlossen. Sie passierten bei Stimmenthaltung der CDU/CSU den Bundestag. Bundespräsident Heinemann vollzog mit seiner Unterschrift den letzten staatsrechtlichen Akt zu den Verträgen. Ein historisches Ereignis ist damit juristisch vollzogen. Die Bundesrepublik kann den Weg zur friedlichen Koexistenz mit den sozialistischen Staaten beschreiten, es ist ein Weg, der neue Aufgaben für den politischen Kampf aller progressiven Kräfte stellt.

Wenn auch die Verträge belastet sind mit einer Entschleißung, die dem Geist und Inhalt der Verträge widerspricht, so gelten doch allein die Verträge selbst, die mit dem Austausch der Ratifizierungsurkunden in einen völkerrechtlichen Rang erhoben werden. Die Entschleißung als Willensäußerung des Bundestages wird am Kräfteverhältnis scheitern, die Verträge aber bleiben, und alle Regierungen der BRD werden an den Inhalt derselben gebunden sein. Und das ist gut so. Denn die Verträge sind ein Erfolg für das Volk und alle, die Bevölkerung der Sowjetunion, Polens sowie unsere eigene haben den Nutzen davon.

Erfolg und Nutzen bestehen darin, daß der Frieden in Europa sicherer geworden ist. Der Gewaltverzicht ist wichtig angesichts der imperialistischen Gewaltakte der USA, die bis in unser Land ausstrahlen. Die Anerkennung der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen in Europa ist eine klare Absage an alle revanchistischen Kräfte im eigenen Land. Nach den Verträgen darf die BRD weder jetzt noch in Zukunft Gebietsansprüche erheben. Das bedeutet die Anerkennung der sozialistischen Staaten in Europa. Die Anerkennung der Grenzen zwischen der BRD und der DDR ist ein großer Fortschritt und schafft Voraussetzungen, die Lage zwischen der BRD und der DDR zu normalisieren. Das alles zeigt: Unser eigenes Volk hat mehr Sicherheit mit den Verträgen gewonnen. Die Völker der Sowjetunion und Polens haben mit festem Frieden mehr Sicherheit, mehr Spielraum für die noch raschere Entfaltung ihrer sozialistischen Gesellschaftsordnungen, die Hebung des materiellen und kulturellen Lebens erobert. Das ist in der weltweiten Auseinandersetzung der Völker viel, sehr viel.

So wie die Ratifizierung der Verträge einen Erfolg für das Volk bedeutet,

so ist sie eindeutig eine Niederlage für CDU/CSU, die gemeinsam mit der NPD und allen reaktionären Kräften die Verträge verhindern wollten, um in diesem Kampf für sich selbst die Regierungsmacht zu erobern. So wie in den USA die am meisten aggressiven Kreise immer wieder Gewaltakte gegen andere Völker, wie z. B. in Vietnam, begehen, gibt es auch in der Bundesrepublik eine friedensfeindliche Militär-Maffia, die ohne Rücksicht auf die Interessen die Spannungen zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten immer wieder neu anheizt. Das sind die Rüstungsindustriellen und ihre Sprecher Strauß/Barzel, die Führer der NPD und der Landsmannschaften. Das Volk hat sie kennengelernt, als sie mit Hilfe gekaufter Politiker die Regierung stürzen wollten. Die machtvollen Aktionen

## Die beste Lösung

Gern hätte die CDU ihren Bundestagsabgeordneten Adolf Müller als Nachfolger von Bernhard Tacke auf dem Posten des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden gesehen. Aber der Gegner der Entspannung und der Ostverträge Müller kann sich keine Chancen ausrechnen.

Das beklagt, wie könnte es anders sein, auch Axel Cäsar Springers Kampfblatt „Die Welt“. „Auf dem kommenden DGB-Kongreß“, heißt es am 7. Juni in einem Artikel zu dem Mißgeschick des Adolf Müller, „sind die christlich-demokratischen Arbeitnehmer von vornherein in die Position einer hoffnungslosen Minderheit gebracht worden. Von den rund 400 Delegierten des DGB-Kongresses werden voraussichtlich nur elf aus den Reihen der CDU-Sozialausschüsse stammen. Dagegen werden rund 50 Kommunisten (DKP) als Delegierte teilnehmen.“

Abgesehen davon, daß jemand umso mehr Linke sieht, je weiter er rechts steht, ist es ganz richtig, daß die kommunistischen Gewerkschafter — anders als Müller von der CDU — das volle Vertrauen ihrer Kollegen genießen. Ausgehend von dieser Realität, eröffnet sich eine neue Möglichkeit: Die beste Lösung, die Tacke-Lücke zu schließen, wäre die, mal einen DKP-Gewerkschafter in den geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand zu wählen. okulus

der Bevölkerung, besonders der Arbeiter, haben das verhindert.

Strauß und Barzel haben zwar eine Niederlage erlitten, die Vertragsgegner aber sind noch nicht geschlagen. Sie betreiben im Bundestag eine Sabotagepolitik, sie haben zu den Verträgen die schon erwähnte Entschleißung durchgebracht. Sie wollen damit die Verträge, die sie nicht verhindern konnten, aushöhlen und einen Kurs steuern, der auf einen künftigen Bruch der Verträge hinzielt. Es gilt festzuhalten: Die Regierung Brandt/Scheel hat es ermöglicht, daß im Bundestag und Bundesrat Grundzüge einer Politik des kalten Krieges bestätigt wurden. Die CDU/CSU versprach dafür, ihre Stimme den Verträgen zu geben. Die SPD- und FDP-Fraktionen stimmten mit der CDU/CSU für die Entschleißung, aber die CDU/CSU verweigerte dann ihre Zustimmung zu den Verträgen. Das ist ein offener Vertrauensbruch und eine ernsthafte Mahnung an alle friedliebenden Kräfte, wachsam zu sein.

Die Politik der Gemeinsamkeit, wie sie von der SPD und Regierungschef Brandt der CDU/CSU gegenüber betrieben wird, ist falsch. Wer die Politik, die mit den Verträgen begonnen wurde, fortsetzen, die Verträge mit Leben erfüllen, sie verwirklichen will, kann das nur im entschlossenen Kampf gegen die CDU/CSU tun. Das gilt sowohl für die jetzige Situation des relativen Gleichgewichts zwischen SPD/FDP und der CDU/CSU im Bundestag, wie auch bei eventuellen Neuwahlen zum Bundestag, die notwendig werden können.

Im Kampf um die friedliche Zukunft sind die Verträge ein wichtiger Meilenstein. Diese Zukunft kann nur durch das aktiv handelnde Volk selbst gewonnen und gestaltet werden. Der nächste große Schritt ist eine Konferenz der europäischen Staaten für Sicherheit und Zusammenarbeit, wo ganz im Geiste der Verträge von Moskau und Warschau die friedliche Zusammenarbeit der kapitalistischen und sozialistischen Staaten unseres Erdteiles festgelegt, der Frieden auf lange Zeit gesichert und eine Abrüstung durchgesetzt werden kann.

Mit den Verträgen kann jetzt eine langfristige Zusammenarbeit der BRD mit der Sowjetunion auf wirtschaftlichen, technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Gebieten festgelegt werden. Das wird der Bevölkerung beider Staaten Vorteile bringen. Jetzt ist auch der Weg frei für die Aufnahme der BRD wie der DDR in die ÜNO. Das Viermächte-Abkommen über Westberlin kann in Kraft treten, ebenso das Verkehrsabkommen zwischen der BRD und der DDR. Schon zeichnet sich ein allgemeines Abkommen über die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ab. Es können realistische Schritte getan werden, das Verhältnis zwischen der DDR und der BRD zu normalisieren und über ein

# Initiative gegen Aggression

Der Vier-Tage-Besuch des US-Präsidenten Nixon in der Sowjetunion und das Eingehen der USA auf die Entspannungs- und Friedenspolitik der Sowjetunion könnte ein Anfang sein zu einer friedlicheren Entwicklung in der Weltpolitik. Der Abschluß einer Reihe von bilateralen Abkommen, darunter der Vertrag über die Begrenzung der strategischen Rüstung, unterstützt die Bedeutung der sowjetisch-amerikanischen Spitzengespräche. In einem krassen Widerspruch jedoch zu den Friedensreden Nixons in Moskau steht die Politik des verschärften Bombenterrors der USA in Vietnam und die völkerrechtswidrige Verminnung nordvietnamesischer Häfen.

Die Eskalation des Vietnamkrieges durch die USA hat in der ganzen Welt eine Welle von Protesten bei Regierungen, Parlamenten, Parteien und Gewerkschaften ausgelöst. Der Weltgewerkschaftsbund hat die verschärfte Aggression der USA in Vietnam mit der Aufforderung beantwortet, die Arbeiterschaft solle Produktion und Transport von Waffen für die Aggressoren unterbinden. Ein energischer Protest gegen den Vietnamkrieg liegt

friedliches Nebeneinander zu einem praktischen Miteinander zu gelangen. Im Interesse einer solchen Entwicklung sollte sich die Regierung endlich selbst überwinden und die DDR ohne Einschränkungen anerkennen.

Die Gewerkschaften haben sich im Kampf für die Verträge positiv engagiert. Die Arbeiterinnen und Arbeiter in dieser Zeit betonen die Bedeutung der Verträge für die Gewerkschaften in allen Ländern an. Diese Länder sind sich nun nach den Verträgen rascher und auch die Gewerkschaften in der DDR sollten sich an den Verträgen beteiligen. Die Arbeiter sollten sich selbst mit den sozialistischen Ländern

der Verbindung aufnehmen. Diese gewerkschaftlichen Verbindungen zu der herrschenden Arbeiterklasse im sozialistischen Europa wird nicht nur helfen, den Antikommunismus abzubauen, sondern auch dazu beitragen, den gemeinsamen Kampf gegen jede imperialistische Gewalttat zu führen, gemeinsam darum zu ringen, daß auf unserem Erdteil die Macht der Imperialisten zurückgedrängt, die Willkür der Monopole eingeschränkt und mehr Rechte der Arbeiter dadurch Gesetz werden können.

Josef Ledwohn

auch dem 9. ordentlichen DGB-Kongreß in Form eines Antrages des DGB-Jugendausschusses vor. In diesem Antrag wird der Bundeskongreß aufgefordert, den „imperialistischen Krieg in Indochina, mit dem die nationale und soziale Freiheitsbewegung eines ehemaligen Kolonialvolkes bekämpft wird“, zu verurteilen.

Weiter heißt es dann in dem Antrag des Bundesjugendausschusses: „Der 9. ordentliche Bundeskongreß erklärt sich solidarisch mit den demokratischen Gegnern des Indochina-Krieges, zu denen auch namhafte Gewerkschaften in den USA und der westlichen Welt zählen und fordert:

## Gegen Bombenanschläge

Auf dem Gewerkschaftskongreß der OTV in Berlin hat sich der Vorsitzende Klundker scharf gegen die von politischen Provokateuren verübten Bombenanschläge gewandt. Die Gewerkschaften, so betonte Klundker vor den 582 Delegierten, lehnten Gewalt, Terror und Mord kompromißlos ab. Sie nähmen sich aber auch das Recht, denen entgegenzutreten, die „am Feuer der Attentate ihr politisches Süppchen kochen wollen“. Ähnlich entschieden äußerte sich der DGB-Vorsitzende Vetter gegen die Terroranschläge.

Es gibt keinen Zweifel, wer vorgibt, gegen die Morde in Vietnam mit Mord zu protestieren, betreibt die Geschäfte der Feinde der Demokratie und verfälscht die politischen Motive fortschrittlicher Kräfte in unserem Lande. Er provoziert die Notstandspraxis und gibt der CDU/CSU und ihren rechten Helfershelfern Anlaß, die Kommunistenhetze gegen alle demokratischen Kräfte zu verstärken. In einer Stellungnahme des Parteivorstandes der DKP wird festgestellt, daß die terroristischen Bombenanschläge nichts mit dem Kampf der demokratischen und sozialistischen Kräfte in unserem Lande zu tun haben; sie würden von der Arbeiterbewegung entschieden verurteilt. Abenteuerliche Terrorakte, so heißt es weiter, spielen denen direkt in die Hände, die die demokratischen Grundrechte einzuschränken und das Eintreten für gesellschaftlichen Fortschritt zu kriminalisieren versuchen.

Die Linken in Deutschland, die wirklichen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten, haben nie zu Mitteln des Mordes und des Terrors gegriffen. Das blieb in diesem Lande stets den terroristischen Schlägerbanden der extremen Rechten vorbehalten, und abenteuerlichen Anarchisten, die

1. Die sofortige Einstellung aller Angriffe auf das Territorium von Nordvietnam, Laos und Kambodscha.

2. Den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller amerikanischen und ausländischen Truppen aus Südvietnam.

Der Bundeskongreß fordert die Bundesregierung auf, sich von dem amerikanischen Krieg in Indochina zu distanzieren.“

Die Antragskommission hat den Delegierten des Bundeskongresses vorgeschlagen, „die Aussagen des DGB-Jugendausschusses“ zu unterstreichen. Dabei wird in dem Vorschlag der Antragskommission peinlichst vermieden, die USA als den Aggressor beim Namen zu nennen. Das aber sollte der Bundeskongreß nicht durchgehen lassen. sr

jetzt wieder im Zusammenhang mit den Ostverträgen die Regierung mit Mord bedrohen und durch Provokationen die Entspannungspolitik zerstören wollen.

Es ist nicht auszuschließen, erklärte zum Beispiel der Duisburger Polizeipräsident Jürgensen, daß die jüngsten Bombenanschläge in der Bundesrepublik auf neonazistische Terroristen zurückzuführen seien, die eine Hetze gegen die Linke provozieren wollten. Die voreilige Behauptung, für die Bombenanschläge seien linksextremistische Gruppen verantwortlich, könnte der Aufklärung sehr hinderlich sein.

Wer die mit den Ostverträgen neu eröffneten Möglichkeiten der Friedenssicherung nutzen will, wer für den Frieden in Vietnam kämpft, der muß mit den Mitteln der politischen Überzeugung kämpfen, nicht aber mit Terror und Mord. sr

## Sicherheitskonferenz geelgnetzer Schritt

Die Delegierten von 93 000 in der IG Bau, Steine, Erden organisierten bayrischen Bauarbeitern bekundeten am 28. Mai auf ihrem 11. ordentlichen Bezirkstag in Landsbut einmütig ihre Bereitschaft, die mit den Verträgen von Moskau und Warschau eingeleitete Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten aktiv zu unterstützen. Sie bezeichneten die Teilnahme der BRD an einer europäischen Sicherheitskonferenz als „geelgnetzer Schritt, die Entspannung in Europa zu fördern“.

# Mehr fordern!

# Verhandlungen gescheitert

Von aktiver Tarifpolitik der Gewerkschaften kann seit geraumer Zeit nicht mehr die Rede sein. Die tarifpolitische Praxis mit Abschlüssen — genau nach Schiller-Lefflinie — zwischen 6 und 7 Prozent beweist es. Auch verschwindet die Vokabel „aktive Tarifpolitik“ zunehmend aus dem offiziellen gewerkschaftlichen Sprachgebrauch. In den Anträgen zum DGB-Kongreß taucht sie ebenfalls nicht mehr auf. Überhaupt ist in diesen Anträgen — im Gegensatz zu früheren Kongressen — die Lohn- und Gehaltspolitik tabu. Zufall? Wohl kaum.

Während wirtschaftspolitische Situationsberichte zunehmend von einem sich abzeichnenden Ende der Stagnationsphase und von beginnender Wiederbelebung sprechen, die großen Unternehmen mit Gewinn- und Dividenden ziffern glänzen und einige Branchen (Chemie, Textil) beachtliche Umsatzsteigerungen melden, haben die Tarifabschlüsse bei Löhnen und Gehältern einen niedrigsten Pegel erreicht. Sie können bestenfalls noch die Preissteigerungen ausgleichen, aber höhere Lohnsteuer- und Sozialabgaben nicht mehr auffangen. Sinkender Reallohn in einigen Bereichen ist die Folge. Mit durchschnittlich 6,4 Prozent Tarifierhöhung in der Chemieindustrie und etwa ebenso wenig in der Textilindustrie, die keineswegs überall effektiv werden, stehen ausgerechnet die Beschäftigten der gegenwärtig expansivsten Branchen nach Abschluß dieser Lohnrunde kaufkraftmäßig schlechter da als vor einem Jahr.

In der chemischen Industrie lagen nach Feststellungen der IG Chemie-Papier-Keramik die Zuwachsraten von Produktion und Auftragseingängen 1971 „deutlich“ über denen der gesamten Industrie. „Die Tendenzen für 1972 deuten in gleicher Richtung.“ (Gewerkschaftspost Nr. 4/72) In der Textil- und Bekleidungsbranche werden seit Jahresbeginn Umsatzsteigerungen von 15 bis 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr erzielt. In der Bekleidungsindustrie ging der Lohn- und Gehaltsanteil am Umsatz in den Monaten Januar und Februar von 24,14 auf 22,51 Prozent zurück.

Während in der Industrie auch in der Stagnationsphase wieder enorme Gewinne gemacht wurden, erreichten die durchschnittlichen tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen im ersten Quartal 1972 nur 6,6 Prozent. Die Warnung von Georg Benz vom Vorstand der IG Metall, daß sich gegenwärtig eine neue Gewinnexplosion der Unternehmer abzeichnet, ist nur zu berechtigt. Es ist höchste Zeit, wieder deutlich höhere Lohn- und Gehaltsforderungen zu stellen und durchzusetzen. Aktive Tarifpolitik ist das Gebot der Stunde!

Sb.

**Bergarbeiter beharren auf 9 Prozent Lohnerhöhung  
Zechenherren machen nur unannehmbare Angebote**

Im Steinkohlenbergbau zeichnet sich die Tarifrunde 72 durch erwartete Härte aus. Der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie hat am 6. Juni die Lohnverhandlungen für die im Bergbau Beschäftigten für gescheitert erklärt.

Die Zechenherren waren nicht bereit, die geforderten Lohn- und Gehaltserhöhungen von 9 Prozent zu bewilligen. Stattdessen wollen sie die Bergleute, die trotz ihrer schweren und gefährlichen Arbeit an 26. Stelle in der Lohnskala stehen, mit Almosen abspesen. Trotz ihrer staatlich garantierten Gewinne waren die Zechenunternehmer lediglich zu einer Lohnerhöhung von 5 1/4 Prozent für Arbeiter und einer Gehaltserhöhung von 3 Prozent für die Angestellten bereit. Außerdem sollten für die Angestellten feste Beträge in die Tarifgehälter eingebaut werden, womit bisherige tarifliche Bestimmungen über die Gewährung von Dienstwohnungen oder Wohnungsgeld abgelöst worden wären. Die geforderte Urlaubsverlängerung sollte nur durchschnittlich 1,12 Tage betragen. Und der Gipfel dieser Zumutung: Statt zum 1. Juni Inkrafttreten dieser „Verbesserungen“ erst ab 1. September dieses Jahres.

Bei der IGBE-„Einheit“-Redaktion stand nach Bekanntwerden der Unternehmerprovokation das Telefon nicht still. Allgemeiner Tenor dieser Anrufe: „Laßt euch ja nicht einwickeln!“ — „Das ist kein Angebot, das ist eine Zumutung.“ — „Mit Almosen kann man uns nicht abspesen.“

Die 27 Betriebsräte der Niederberg-Schachtanlagen in Neukirchen und Kapellen im Kreis Moers haben im Namen von 4000 Bergarbeitern die Unternehmerprovokation scharf zurückgewiesen. In der Belegschaft herrschte Unruhe und Empörung, heißt es in einer Entschliebung an den Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie. Gleichzeitig wird ihm die volle Unterstützung für die Durchsetzung der von der Gewerkschaft geforderten 9prozentigen Lohn- und Gehaltserhöhung zugesichert.

Für die im Bergbau Beschäftigten und ihre Gewerkschaft kommt es jetzt darauf an, sich auf ihre Kraft zu besinnen. Wie erfolgreiche eine einheitliche und geschlossene Organisation sein kann, zeigt nicht zuletzt das Beispiel der englischen Bergarbeiter.

M.S.

## Abschluß der Tarifbewegung auf niedrigem Niveau

Die Tarifbewegung in der chemischen Industrie (siehe auch NACHRICHTEN Nr. 4 und 5) war bei Redaktions-schluß dieser Ausgabe nahezu abgeschlossen. Lediglich im Tarifbezirk Bayern sind für den 14. Juni noch Lohn- und Gehaltsverhandlungen zwischen dem Unternehmerverband und der IG Chemie-Papier-Keramik vorgesehen. In den übrigen Tarifbezirken endeten die Verhandlungen — teils in Schlichtungsverfahren — mit der Vereinbarung von Lohn- und Gehaltserhöhungen um durchschnittlich 6,4 Prozent, wobei die niedrigen Gruppen weniger angehoben werden.

Alle Tarifverträge haben eine Laufzeit von zwölf Monaten. In einigen Bezirken wurde die stufenweise tarifvertragliche Absicherung eines 13. Monatsinkommens vereinbart, ebenso die Gewährung von sparfördernden Leistung in Höhe von 26 DM.

Die Verhandlungsgremien der IG Chemie-Papier-Keramik haben sich mit

diesem Lohn- und Gehaltsabschluß gänzlich den lohnpolitischen Leitlinien der Bundesregierung und Unternehmerverbände angepaßt. Dieser Verzicht auf aktive Wahrnehmung und Verteidigung der Tarifautonomie wiegt umso schwerer, als die Branchensituation der chemischen Industrie einen weit höheren Abschluß, zumindest aber die Durchsetzung der Ausgangsforderung von 8 Prozent gerechtfertigt hätte.

## Otto-Brenner-Stiftung

Die vom Vorstand der IG Metall ins Leben gerufene „Otto-Brenner-Stiftung“ soll die Aufgabe haben, durch wissenschaftliche und praktische Forschungen, besonders auf dem Gebiet der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, die Gewerkschaftsarbeit zu fördern. Geplant ist die Errichtung einer Institution, die im Sinne und im Geiste Otto Brenners einen Beitrag zur geschichtlichen und theoretischen Aufhellung der Gewerkschaftsarbeit und zur gewerkschaftlichen Praxis leisten soll.

# Spielraum eingeschränkt

## Konzertierte Aktion bedeutet ein- und Unterordnung der Tarif-Politik — Ein Beitrag zur Diskussion

Das nächste Gespräch im Rahmen der konzertierten Aktion findet im 16. 6. 1972 statt. „Sollte sich erweisen, daß die Bindung an die ‚konzertierte Aktion‘ die Gewerkschaften in ihrer Handlungsfreiheit einschränkt und dadurch das Ungleichgewicht zwischen Kapital- und Arbeitnehmerinteressen verstärkt, haben der Bundesvorstand und der Bundesausschuß die Frage eines weiteren Verbleibens in der konzertierten Aktion zu prüfen.“

Dieser vom 8. ordentlichen Bundeskongreß angenommene Antrag wird sicher auch auf dem bevorstehenden DGB-Kongreß eine Rolle spielen. Dieser Beschluß ist offenbar ein Kompromiß zwischen Auffassungen, die einen Austritt aus der konzertierten Aktion befürworten, und jenen, die aus verschiedenen Gründen heraus für eine weitere Teilnahme plädieren.

Die Meinungsverschiedenheiten kreisen um die oben aufgeworfene Frage, ob die konzertierte Aktion die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften einschränkt oder nicht. Für viele Kollegen ist das aber längst keine Frage mehr, sondern eine Tatsache.

Die konzertierte Aktion wird unseres Erachtens zu Recht als Teil einer Strategie angesehen, die darauf abzielt, die vielfältigen einkommens- und sozialpolitischen Probleme der Arbeiter und Angestellten — und damit die Gewerkschaften — in die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Staates einzugliedern. Rechnerischer Beleg für die Richtigkeit dieser Annahme sind u. a. die jährlich vorgelegten Zielprojektionen der Bundesregierung bzw. die Veröffentlichung mehrjähriger Vorausschau.

Solche Zielprojektionen sind mehr als nur eine Absichtserklärung der für die Wirtschafts- und Finanzpolitik Verantwortlichen. Sie sind zunächst der Versuch, die verschiedenen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Faktoren, ausgehend von der jeweiligen Lage, in ihrem Zusammenhang zu erfassen. Ein solcher Zusammenhang ist gegeben. So ist z. B. klar, daß für ein bestimmtes gewünschtes Wirtschaftswachstum die Investitionen entsprechend steigen müssen. Steigende Investitionen wiederum sind unter unseren kapitalistischen Verhältnissen nicht ohne „angemessene“ Steigerung der Gewinne zu haben. Das Wachstum der Profite wird so zum Dreh- und Angelpunkt der Unternehmensstrategie genau so wie der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Von diesem Grunderfordernis kapitalistischen Wirtschaftens wird dann auch

die Frage der möglichen bzw. „vertretbaren“ Lohn- und Gehaltssteigerungen für die Arbeiter und Angestellten abgeleitet.

Wenn die Fragen der Löhne und Gehälter aber abgeleitet werden von „der Wirtschaft“ und ihrem Wachstum, vom Wachstum der Investitionen und der Profite, vom Mangel oder Überangebot an Nachfrage auf den Märkten, von der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmer und der Stabilität der Währung, dann sind die Fronten bereits verkehrt. Einmal, weil auf diese Weise die Tarifpolitik selbst zu einem Instrument der Konjunktursteuerung gemacht wird, um auf alle diese Faktoren Einfluß zu nehmen — also Investitionssteigerungen zu bremsen oder zu fördern, Kostenbilanzen zu verbessern, Märkte an die Produktion anzupassen oder die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern. Lohn- und Tarifpolitik werden zu einem Instrument der Konjunkturpolitik — das ist das eine. Zum anderen sind jetzt die Fronten auch deshalb verkehrt, weil auf diese Weise die Unternehmer und die Regierung entscheidenden Einfluß auf die Tarifpolitik der Gewerkschaften erlangen — statt umgekehrt die Gewerkschaften Einfluß auf die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik. Genau hier aber liegt des Pudels Kern — auch in der Diskussion um die konzertierte Aktion!

Die konzertierte Aktion ist ja zunächst selbst ein Instrument der staatlichen Konjunkturpolitik. Ihre Spezifik besteht darin, daß sie durch die Einbeziehung der Gewerkschaften praktisch die Ein- und Unterordnung der Lohn- und Tarifpolitik in den volkswirtschaftlichen Kreislauf und unter die staatliche Konjunkturpolitik sanktioniert. Ist dies aber einmal erreicht, kann man sich in der Gesprächsrunde sehr wohl über die eine oder andere Kennziffer — um dieses oder jenes Prozent streiten. Man kann dann auch eigene Rechnungen vorlegen, und man kann sogar darauf bestehen, daß die eigene, gegensätzliche Meinung in Teilfragen der Öffentlichkeit bekannt gemacht wird. Aber aller Streit um Anteile und Prozente — so wichtig und notwendig er sein mag — schafft die Eingliederung und Unterordnung der Lohn- und Tarifpolitik in die kapitalistische Wirtschafts- und Konjunkturpolitik nicht mehr aus der Welt. Und wenn Kollegen die Frage nach dem Handlungsspielraum der Gewerkschaften stellen, dann kommt die Gefahr nicht einfach von der Zustimmung zu diesen oder

jenen Daten der staatlichen Wirtschaftspolitik. Sie kommt auch nicht einfach aus der Veröffentlichung dieser Daten. Der gewerkschaftliche Handlungsspielraum wird durch die Behandlung und die Praxis der Einordnung der Lohn- und Gehaltsfragen in ein gesamtwirtschaftliches Konzept begrenzt! Die Nichteinhaltung der „Orientierungsdaten“ würde nach Meinung der Unternehmer und der Bundesregierung die Gesamtrechnung durcheinander bringen und womöglich zusammenbrechen lassen. Unternehmer und Staat haben große Anstrengungen gemacht, um gerade diesen Eindruck auch in der Öffentlichkeit zu erwecken. Der eigentliche Druck auf die Gewerkschaften entsteht also durch die praktische Verknüpfung der tarifpolitischen Fragen mit Investitions-, Profit-, Inflations- und sogar Arbeitsplatzfragen. Das alles aber sind Fragen, die ausschließlich der Entscheidungskompetenz der Unternehmer und des Staates unterliegen. Die Gewerkschaften haben darüber ernsthaft weder eine Kontrolle, noch können sie diese wirklich beeinflussen.

Die Praxis beweist: Wenn Unternehmer nicht investieren wollen, dann investieren sie auch nicht — selbst wenn Karl Schiller noch so hohes Wachstum projiziert. Und wenn die Profitaussichten gut sind, werden die Unternehmer investieren — auch wenn dadurch morgen das Überangebot von Waren und Kapazitäten zu Stagnation und Krise führt. Gibt „der Markt“ die Möglichkeit, zusätzlichen Profit durch Preissteigerungen einzutreiben, dann werden die Unternehmer die Preise erhöhen, ohne Rücksicht auf die Lage der Konjunktur oder die beschwörenden Appelle des Wirtschaftsministers! Das ist die Wahrheit. Nur so erklärt sich auch der nun schon chronische Widerspruch zwischen den von Schiller vorgelegten Zahlen und der tatsächlichen Entwicklung. Die Konjunktur wird in den Kommandozentralen der Monopole und Banken gemacht. Schillers konzertierte Aktion schafft diese Wahrheiten nicht aus der Welt.

Für die Gewerkschaften gibt es angesichts dieser Tatsachen keinen vernünftigen Grund, sich in Verantwortung ziehen zu lassen für Fakten und Entwicklungen, die nicht von ihnen bestimmt oder wenigstens mitbestimmt werden. Die Frage nach der Stellung zur konzertierten Aktion erweitert sich aus unserer Sicht zur Frage nach der Stellung zur kapitalistischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Sollen wir Lohn- und Tariffragen als Grundfragen der Arbeiter und Angestellten betrachten, die gegen die Unternehmer zu verfechten sind, oder sehen wir Lohn- und Tariffragen als abgeleitete Bestandteile kapitalistischen Wirtschaftens und Planens? Das vor allem — so meinen wir — müßte klar werden! L. Tuchfeld

# Vor dem 9. DGB-Kongreß

## Die Anträge wurden von den Vorständen gründlich „gesiebt“ Gewerkschafter für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt

Der gewerkschaftspolitische Höhepunkt dieses Jahres ist ohne Zweifel der 9. ordentliche Bundeskongreß des DGB, der vom 25. Juni bis 1. Juli 1972 in Westberlin stattfinden wird. Es ist der erste ordentliche DGB-Kongreß seit der Ablösung der CDU/CSU in der Regierungsverantwortung durch die SPD/FDP. Gegenüber früheren DGB-Kongressen sind die Anträge auffallend „maßvoller“ geworden. Die Anzahl der Anträge verringerte sich im Vergleich zum 8. Kongreß um 145 auf 327. Unter dem Gesichtspunkt: „Wer beantragt was?“ haben die Gewerkschaftsvorstände Absprachen über den Inhalt der Anträge getroffen. Obgleich die Vorbereitung des Kongresses und die Antragsthematik unter dem deutlich erkennbaren Vorsatz stehen, der Regierung nicht unbequem zu werden, sind dennoch zahlreiche in den Anträgen erhobene politische, soziale, wirtschaftliche und bildungspolitische Forderungen von großer Bedeutung für den Kampf der Gewerkschaften um die Verbesserung der sozialen und gesellschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung.

Schon seit Monaten wird dieser Kongreß in einer beispiellosen Stille vorbereitet, die völlig zu Unrecht mit „Sachlichkeit“ erklärt wird und richtiger als undemokratisch bezeichnet werden muß. Die Regie von oben wünscht und plant einen ruhigen, disziplinierten Kongreß ohne politische Brisanz, einen Kongreß, der die heißen Themen ausklammert und die Dinge möglichst nicht beim Namen nennt, um — wie manche glauben — die sozial-liberale Koalition zu schonen. Wer aber, wie das in den Anträgen in Fragen der Wirtschaftspolitik, der konzertierten Aktion, der Preis- und Tarifpolitik oder der Rüstung zu erkennen ist, nicht will, daß diese Bundesregierung unter den Druck der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften genommen wird, überläßt sie dem Druck der Unternehmer und der CDU/CSU. Das aber schadet sowohl der Regierung als auch den Gewerkschaften erst recht.

Ein Beispiel für den merkwürdigen Stil der lautlosen Kongreßvorbereitung ist die in aller Stille erfolgte Ausarbeitung eines Entwurfs für ein neues DGB-Aktionsprogramm, das auf diesem 9. Kongreß verabschiedet werden soll. Den knapp 7 Millionen Mitgliedern des DGB ist der Entwurf, der zuerst von NACHRICHTEN (vgl. Nr. 5) veröffentlicht wurde, vom Bundesvorstand des DGB noch nicht zur Kenntnis gebracht worden. Dieses Verfahren, das offensichtlich — wieder mit dem Seitenblick auf die Bonner Koalition — eine breite, aber notwendige gesellschafts- und sozialpolitische Diskussion in der Arbeiterschaft nicht aufkommen lassen sollte, wurde vielerorts und auf verschiedenen Ebenen in den Gewerkschaften kritisiert.

Christian Götz, ehemaliger Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft HBV, Delegierter dieser Gewerkschaft zum DGB-Kongreß und Redakteur der HBV-Zeitung „Ausblick“, stellte dazu in der „Welt der Arbeit“ am 19. Mai fest:

„Da die Antragsfrist längst abgelaufen ist, können die antragsberechtigten Organe der einzelnen Gewerkschaften zu den Vorstellungen des DGB-Bundesvorstandes per Antrag

## DGB und Extremismus

Dem ordentlichen DGB-Kongreß in Westberlin liegen Anträge zur Bekämpfung der faschistischen Gefahren vor und Stellungnahmen zu anarchistischen und linkssektiererischen Aktivitäten.

Der zur Annahme empfohlene Antrag der IG Metall zur „Bekämpfung des politischen Extremismus“ wird der realen Lage nicht gerecht, da er die neofaschistischen Gefahren von rechts falsch einschätzt. Im Antrag werden zwar richtig NPD, Aktion Widerstand und andere Gruppierungen verurteilt, aber die Forderung nach ihrem Verbot wird nicht gestellt. Außerdem fehlt in dem Antrag der IGM jeder Hinweis darauf, daß es die CDU/CSU ist, die als die Hauptpartei des Großkapitals die Rechtsgefahr fördert.

Es spricht für den klaren politischen Blick der Gewerkschaftsjugend, daß im Antrag des Bundesjugendausschusses zu „Maßnahmen gegen den Neofaschismus in der Bundesrepublik“ unter Verwertung der geschichtlichen Erfahrungen richtige Schlußfolgerungen gezogen werden. Es ist auch zu begrüßen, daß der Bundesjugendausschuß das Thema „Rechtsgefahr“ für sich behandelt, ohne es mit den Fragen des Anarchismus und Randerscheinungen des Linkssektierertums zu vermengen. Das aber geschieht in dem Antrag der IG Metall. Die faktische Gleichsetzung von „Rechts- und Links-extremismus“ nutzt nur solchen Leuten wie Springer, Strauß, den Führern der Aktion Widerstand und der Landsmannschaften.

nicht mehr Stellung nehmen. Für die Delegierten selbst ist das nur noch über den beschwerlichen Weg von Initiativanträgen möglich. Von der breiten Mitgliedschaft wagt man in diesem Zusammenhang gar nicht erst zu reden. Sie wird — wenn das überhaupt noch geschieht — so kurzfristig informiert, daß für sie keinerlei Chance mehr besteht, mitzudiskutieren und Vorschläge zu machen. Später wird von denselben Mitgliedern (natürlich) verlangt, die vom Kongreß gefaßten Beschlüsse im betrieblichen Alltag zu verwirklichen und mit politischem Leben zu erfüllen. Dem DGB-Bundesvorstand kann nicht der Vorwurf erspart werden, der in Sonntagsreden so oft zitierten „Basis“ so gut wie keine Chance eingeräumt zu haben, auf Ablauf und Ergebnisse des Berliner Kongresses Einfluß zu nehmen.“

Im allgemeinen bewegen sich die Forderungen der Anträge auf der Ebene oder doch in der Nähe der Regierungspolitik bzw. des sozialdemokratischen Langzeitprogramms. Oftmals werden Regierungsmaßnahmen be-

Es ist auch den Autoren des Antrages der IGM bekannt, daß von diesen Rechtskräften völlig undifferenziert alles was links steht — das heißt für echte Demokratie (Volksheerrschaft), reale Entspannung und Frieden, für konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen und Sozialismus einsteht — in einen Topf geworfen wird mit anarchistischen Attentätern bzw. verantwortlich gemacht wird, ihnen den Weg bereitet zu haben.

Es ist ein wichtiges Anliegen für die Delegierten des DGB-Kongresses, dazu ein klärendes Wort zu sprechen. Es geht dabei um legalen Bestand und freie Betätigung so wichtiger Gruppen der Arbeiterbewegung, wie die Deutsche Kommunistische Partei, die Jungsozialisten, die Gewerkschaften selbst und einflußreiche Teile der Intelligenz, die bewußt, das Grundgesetz achtend, die heutigen kapitalistischen Herrschaftsstrukturen in Frage stellen und sich für gesellschaftliche Veränderungen einsetzen.

Es ist klar: Die Arbeiterbewegung hat niemals etwas mit individuellem Terror, mit Bombenlegen und Attentaten zu tun gehabt. Das Bombenlegen und die Attentate sind die verbrecherischen Kampfmethoden der Faschisten. Kein klassenbewußter Arbeiter wird sie übernehmen wollen. Die Abgrenzung dazu muß eindeutig sein. Aber ebenso eindeutig muß die Solidarität unter allen demokratischen und sozialistischen Kräften innerhalb der Arbeiterbewegung und des ganzen Volkes sein.

- jol -

grüßt, angekündigte Projekte vorweg mit Beifall bedacht, zeitliche Zurückstellungen akzeptiert und Abstriche an finanzaufwendigen Reformmaßnahmen hingenommen. Das trifft besonders für die Gebiete Sozialpolitik und Bildung/Berufsausbildung zu.

**Die Tarifpolitik, die viel unbequemem Diskussionsstoff hinsichtlich der Preis- und Wirtschaftspolitik bringen könnte, fehlt in den Anträgen gänzlich.** Es wäre darum für die Orientierung des gesamten DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zu begrüßen, wenn auf dem Kongreß selbst ein Initiativantrag zustande käme, der auch für die Zukunft die Notwendigkeit einer aktiven Tarifpolitik unterstreicht.

Die weitgehende Ausschaltung der Basis, von der Christian Götz sprach, zeigt sich nicht nur bei der Erarbeitung des Aktionsprogramm-Entwurfs, sondern ebenso bei der Einbringung der Anträge. Nach der neuen Satzung sind nur der DGB-Bundesvorstand, seine Landesbezirksvorstände, die Vorstände der Gewerkschaften und die Bundespersonengruppenausschüsse des DGB antragsberechtigt. Wo dennoch, wie bei Anträgen des Bundesjugendausschusses, Wahrheiten besonders deutlich beim Namen genannt und klare Forderungen gestellt wurden, empfiehlt die Antragskommission — wenn nicht Ablehnung oder Verabschiedung als „Material“ — Annahme einer von ihr vorgenommenen Neuformulierung in abgeschwächter Form.

## Vereinbarung über Spitzentreffen DGB - FDGB

Ende Mai hat in Ostberlin ein Gespräch zwischen Beauftragten des DGB und des FDGB über gegenseitige Kontaktaufnahme stattgefunden. Die offizielle Mitteilung des DGB-Bundesvorstandes dazu lautet:

„Eine Vorstandsdelegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird sich in der ersten Oktoberhälfte des Jahres 1972 mit einer Vorstandsdelegation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR zu einem ersten Informations- und Meinungsaustausch treffen. Ort der Zusammenkunft wird Berlin sein, wobei es keinerlei Bedingungen für den An- und Abreiseweg gibt.“ (DGB-Nachrichtendienst Nr. 174/72)

Die entsprechende Mitteilung der Pressestelle des Bundesvorstandes des FDGB, die im Gegensatz zur DGB-Erklärung keine Terminangabe enthält, lautet:

„Am 27. Mai 1972 fand in der Hauptstadt der DDR, Berlin, ein Gespräch zwischen Beauftragten des Bundesvor-

Antrag 61 des Bundesjugendausschusses zum Beispiel fordert vom Kongreß, „den imperialistischen Krieg der USA in Indochina, mit dem die nationale und soziale Befreiungsbewegung eines ehemaligen Kolonialvolkes bekämpft wird“, zu verurteilen. Weiter fordert der Antrag die sofortige Einstellung aller Angriffe auf Nordvietnam, Laos und Kambodscha sowie den „sofortigen und bedingungslosen Abzug aller amerikanischen und ausländischen Truppen aus Südvietnam“. Von der Bundesregierung wird verlangt, „sich von dem amerikanischen Krieg in Indochina zu distanzieren“.

Die Neuformulierung dieses Antrags durch die Antragskommission, die zur Annahme empfohlen wird, spricht überhaupt nicht von den USA oder den Amerikanern, sondern „unterstreicht die Aussagen des DGB-Bundesjugendausschusses, der sich entschieden gegen die Weiterführung des Krieges in Vietnam ausgesprochen hat“. Weiterführung durch wen? Welche Aussagen? Dies wird offengelassen. Der Appell an die Bundesregierung, sich von dem Indochina-Krieg der USA zu distanzieren, wird ebenfalls nicht erwähnt. Allerdings fordert auch die Neuformulierung den „Abzug aller ausländischen Truppen“. Eine klare Meinungsäußerung, wie im Antrag des Bundesjugendausschusses, hält die Antragskommission offenbar nicht für opportun. Andererseits zeigt sie bei anderen Anträgen nicht, die Delegierten zu ermuntern, sich zu einer angeblich schon vorhandenen „demokratischen Grundordnung der

standes des FDGB und des Bundesvorstandes des DGB statt. Dabei wurde Übereinstimmung erzielt, zu einem späteren Zeitpunkt eine Zusammenkunft offizieller Delegationen des Bundesvorstandes des FDGB und des Bundesvorstandes des DGB in der Hauptstadt der DDR, Berlin, durchzuführen. Dieses Treffen wird auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung, wie sie in den internationalen Beziehungen üblich ist, stattfinden. Das Präsidium des Bundesvorstandes des FDGB wird zu den Ergebnissen dieses Gesprächs in seiner nächsten Sitzung Stellung nehmen.“ (Tribüne, 1. Juni 1972)

## Sowjetgewerkschafter auf dem DGB-Kongreß

Nachdem im März dieses Jahres eine Abordnung des DGB-Bundesvorstandes am 15. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften in Moskau teilgenommen hatte, wird Ende Juni auf dem 9. ordentlichen DGB-Kongreß in Westberlin eine Delegation des sowjetischen Gewerkschaftsbundes zugegen sein.

Bundesrepublik Deutschland“ zu kennen.

Die Delegierten des 9. ordentlichen Bundeskongresses werden sehr kritisch und mit großem Verantwortungsbewußtsein in die Beratung und Beschlußfassung über die Anträge gehen müssen, so wie sie das in ihrer täglichen gewerkschaftlichen Praxis gewohnt sind und gegenüber ihren Kollegen, von denen sie gewählt wurden, verantworten können. Ihr besonderes Augenmerk sollte jenen Anträgen gelten, deren Inhalt und Aussage die besten Möglichkeiten und Ansatzpunkte für eine sozial und gesellschaftlich fortschrittliche Gewerkschaftspolitik der nächsten Zukunft bieten und die Wahrung des Grundsatzes der Unabhängigkeit des DGB von Parteien und Regierung erfordern.

Dieser Zielstellung kann auch der vom Vorstand der IG Metall eingebrachte Antrag 6 dienen, der u. a. feststellt: „Der 9. ordentliche Bundeskongreß weist auf die unveränderte Gültigkeit der im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1963 angestrebten Fernziele hin. Die im Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgestellten gemeinsamen Nahziele... müssen, von den Forderungen des Grundsatzprogramms ausgehend, ständig überprüft, aktualisiert und erweitert werden.“

Ein anderer IG-Metall-Antrag (13) fordert Gesetzgeber, Regierung und Parteien auf, „die Arbeit an den inneren Reformen zu intensivieren und unsere Gesellschaft zur sozialen Demokratie fortzuentwickeln“. Weiter heißt es: „Entscheidender Bestandteil solcher Reformen muß die umfassende Verwirklichung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens sein. Das neue Betriebsverfassungsgesetz bringt zwar zahlreiche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Recht, ist aber den Forderungen des DGB keineswegs in allen Punkten gerecht geworden.“ Der Kongreß soll die Entschlossenheit der Gewerkschaften bekräftigen, der Forderung nach Einführung der qualifizierten Mitbestimmung „mit allen dafür geeigneten Mitteln Nachdruck zu verleihen“.

Antrag 7, ebenfalls von der IG Metall, fordert den DGB auf, ein „Programm zur Finanzierung und Durchsetzung gesellschaftlicher Reformen zu erarbeiten“, das vom DGB-Grundsatzprogramm und den Beschlüssen der Bundeskongresse des DGB ausgehen müsse. Als mögliche Finanzierungsquelle empfiehlt der Antrag u. a. den „Abbau unproduktiver Rüstungsausgaben im Zuge konsequenter Entspannungspolitik“.

Ein Antrag des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz (78) fordert „verstärkte Bemühungen“ um die Verwirklichung „der Forderung des DGB-

Grundsatzprogramms nach Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum\*.

Alle fünf Anträge zur konzertierten Aktion beschäftigen sich mit Möglichkeiten zur besseren Ausgestaltung dieses wirtschafts- und tarifpolitischen Integrations- und Disziplinierungsinstrumentes. Der zur Annahme empfohlene Antrag 73 der IG Chemie-Papier-Keramik verweist nochmals auf den Beschluß des 8. DGB-Kongresses von 1969, wonach „die Frage eines weiteren Verbleibens in der konzertierten Aktion zu prüfen“ ist, wenn sich herausstellen sollte, daß sie „die Gewerkschaften in ihrer Handlungsfreiheit einschränkt und dadurch das Ungleichgewicht zwischen Kapital- und Arbeitnehmerinteressen verstärkt“. Obgleich sich genau dies inzwischen erwiesen hat und auf allen gewerkschaftlichen Ebenen zunehmend Gegenstand der Kritik ist, wird Antrag 75 der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, der nunmehr die Überprüfung der Mitarbeit in der konzertierten Aktion fordert, als „erledigt durch Annahme von Antrag 73“ bezeichnet. Es liegt auf der Hand, daß die Delegierten genau umgekehrt entscheiden müßten: Antrag 75 sollte angenommen und damit 73 als erledigt betrachtet werden.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen auch die Forderungen nach weltweiten Bemühungen um Friedenssicherung und Abrüstung (Anträge 45 bis 48), nach Durchführung einer „Konferenz für die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit“ (Antrag 50) sowie nach Zusammenarbeit aller Gewerkschaften im gesamten EWG-Bereich, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Weltbünden (Antrag 12). Während Antrag 11 lediglich „eine abgestimmte Haltung in der Frage der Zusammenarbeit“ empfiehlt und von der Antragskommission zur Annahme empfohlen ist, ist die Aussage des als „erledigt“ bezeichneten Antrags 12 richtiger.

Schließlich wäre noch auf die Anträge aufmerksam zu machen, die die Fortsetzung der Kontakte zu den Gewerkschaften sozialistischer Länder bzw. die Aufnahme von Beziehungen zum FDGB der DDR fordern, ein gesetzliches Verbot der Aussperrung sowie die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes und des Berufsbildungsgesetzes verlangen. Auf Widerstand stoßen dürfte im organisationspolitischen Bereich der Antrag 253, der die Verlängerung der jetzt dreijährigen Wahlperiode auf vier Jahre „für alle Gremien“ empfiehlt und zur Annahme vorgeschlagen ist. Eine solche Regelung dürfte jedoch zu einer weiteren Verstärkung zentralistischer und undemokratischer Erscheinungen führen, die seit langem schon heftige Kritik

bei der Masse der Mitglieder und Funktionäre hervorgerufen.

Die Entscheidungen des 9. DGB-Kongresses in Westberlin werden für einen überschaubaren Zeitraum die Akzente der gewerkschaftspolitischen Arbeit, der Aktivitäten und Unterlassungen setzen. Die Delegierten wissen, daß es darauf ankommt, sie richtig zu setzen — unabhängig von regierungsamlich inspirierten Einflüsterungen, wer auch immer sie vortragen mag, und allein orientiert an den berechtigten Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, deren Vertretung die Gewerkschaften des DGB sind. Es gilt nach der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau insbesondere mitzuhelfen, darauf zu dringen, daß nun auch im Innern eine vertragsgerechte, auf Frieden und Entspannung orientierte Politik praktiziert wird. Sie ist die Voraussetzung für die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderungen, schafft Boden für sozialen und gesellschaftlichen Wandel.

Gerd Siebert

## Gewerkschafter gegen Adolf Müller

Der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, der CDU-Bundestagsabgeordnete Adolf Müller, hat keine Aussicht, die Nachfolge des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Bernhard Tacke (ebenfalls CDU) anzutreten. Lange Zeit galt Müller als Kandidat für die Nachfolge Tackes, der auf dem 9. DGB-Kongreß aus Altersgründen nicht mehr kandidiert. Der Bundesvorstand des DGB hat auf seiner letzten Sitzung, Ende Mai in Westberlin, wie aus seiner Umgebung zuverlässig verlautet, beschlossen, Müller wegen seiner Haltung in der Ratifizierungsfrage nicht zu nominieren. In einer Abstimmung im Bundesausschuß des DGB hatte Müller für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau gestimmt, in späteren Erklärungen und im Bundestag dann aber dagegen votiert.

Die Sozialausschüsse der CDU haben Anfang Juni beschlossen, Müller dennoch als ihren Kandidaten zu empfehlen. Müller hat jedoch bei den Delegierten des DGB-Kongresses keine Chance. Inzwischen wird von Funktionären und Mitgliedern der Gewerkschaften immer häufiger die Meinung geäußert, die CDU habe keinen „Erbanspruch“ auf den Posten des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden. Auch in dieser Funktion müßten nicht nur die CDU-Mitglieder in den Gewerkschaften, sondern alle organisierten Kollegen repräsentiert und vertreten werden.

# FDGB-Kongreß

Am 26. Juni 1972 beginnt in Berlin, der Hauptstadt der DDR, der 8. Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Vertreter von über 7,2 Millionen Mitgliedern des FDGB können eine erfolgreiche Bilanz der gewerkschaftlichen Interessenvertretung ziehen und werden über die kommenden Aufgaben zur weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Meisterung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität beraten. Es gibt keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens, in dem die Gewerkschaften der DDR als die umfassende Organisation der Arbeiterklasse nicht mitzubestimmen und mitzuentcheiden hätten. Deshalb werden die Delegierten des 8. FDGB-Kongresses eine breite Palette gewerkschaftlicher Aufgaben zur Wahrnehmung der Lebensinteressen der Werktätigen beraten.

Dem Kongreß ging die Wahl der gewerkschaftlichen Leitungen und Vorstände voraus. Im Dezember vergangenen Jahres begannen die Gewerkschaftswahlen in den Gewerkschaftsgruppen. In jeder Gewerkschaftsgruppe wurden der Vertrauensmann, der Kulturobmann, der Arbeitsschulobmann, der Bevollmächtigte für Sozialversicherung und der Sportorganisator, insgesamt 1 045 608 Gewerkschaftsfunktionäre, gewählt. Der Anteil der Frauen in diesen Funktionen beträgt 43,1 Prozent, und 13,8 Prozent sind Jugendliche.

Auf Delegiertenkonferenzen wurden die neuen Leitungen und Vorstände der IG's und Gewerkschaften sowie des FDGB gewählt. Starke Impulse erhielt die Wahlbegegnung durch den gemeinsamen Beschluß des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über sozialpolitische Maßnahmen in Durchführung der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes: Für Rentenerhöhungen, zur Förderung junger Ehen, zur Erleichterung des Lebens der berufstätigen Mütter und Mietsenkungen werden bis 1975 mehr als 8 Milliarden Mark aufgewandt.

Dieser Beschluß — so berichteten die Delegierten auf den Bezirkskonferenzen — hat in den Betrieben vielfältige Initiativen ausgelöst, um mit einer rascheren Entwicklung der Volkswirtschaft und des Lebensstandards die sozialistische DDR weiter zu stärken. So bereiten über 7 Millionen Gewerkschafter ihren Kongreß vor, der als Höhepunkt der Wahlbewegung Abschluß und Auftakt für neue Aufgaben zugleich ist.

K. K.

# ÖTV auf Regierungskurs

## Meinungsverschiedenheiten auf dem Gewerkschaftstag Für europäische Sicherheitskonferenz und Entspannung

Unter der Losung „Durch Reformen zur sozialen Demokratie“ führte die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) vom 28. Mai bis 3. Juni 1972 in Westberlin ihren 7. ordentlichen Gewerkschaftstag durch. Die 575 Delegierten hatten über 613 Anträge aus der Mitgliedschaft und 37 Initiativanträge zu entscheiden sowie Rechenschaft über die vergangenen vier Jahre abzulegen. Generell war die Mehrheit des Hauptvorstandes der ÖTV bemüht, die fast 1 Million Mitglieder zählende zweitstärkste Gewerkschaft im DGB auf die SPD/FDP-Bundesregierung und ihre Politik auszurichten. Sie konnte sich in wesentlichen Fragen auf dem Gewerkschaftstag entgegen dem Mitgliederwillen auch beschlußmäßig durchsetzen, während eine starke Minderheit von etwa einem Drittel der Delegierten für eine unabhängige Gewerkschaftspolitik und eine konsequentere Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten eintrat.

Einmütigkeit herrschte immer dann, wenn eine klassenorientierte Gewerkschaftspolitik entwickelt wurde. So bei den Worten des wiedergewählten ÖTV-Vorsitzenden Kluncker: „Unsere Aufgabe ist es nicht, die bestehenden gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu zementieren, ... wir müssen die Gesellschaft verändern, müssen alles tun, um den gesellschaftlichen Fortschritt voranzutreiben.“ Allerdings fehlten aus dieser Aufgabenstellung die erforderlichen Konsequenzen. Von einigen Ausnahmen abgesehen, bewegten sich die Mehrheitsentscheidungen für gesellschaftliche Reformen im Rahmen der Regierungspolitik, die die bestehenden kapitalistischen Machtstrukturen nicht antasten, sondern stabilisieren will.

Der Gewerkschaftstag forderte die Bundesregierung auf, „sich nachdrücklich für die Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz einzusetzen“, sprach sich für die Aufnahme von Beziehungen mit den Gewerkschaften in der DDR und für eine Zusammenarbeit mit WGB-Gewerkschaften in Westeuropa aus. Klunckers verbaler Forderung, „die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen mit Leben zu erfüllen“, folgten kaum entsprechende Beschlüsse.

Ein Antrag der ÖTV-Bundesjugendkonferenz zur Senkung des Wehretats wurde auf Betreiben des Hauptvorstandes sogar von einer knappen Mehrheit abgelehnt. Dies war kein Ausnahmefall; die Antragskommission hatte von den 613 vorliegenden Anträgen — zum größten Teil aus der Mitgliedschaft — 111 zur Ablehnung und weitere 235 lediglich als Material an den Hauptvorstand bzw. zur unverbindlichen Ergänzung einzelner Anträge zu überweisen empfohlen.

In der Frage der Beteiligung der Gewerkschaften an der konzertierten Aktion prallten die Meinungen hart aufeinander. Während Kluncker für ein Verbleiben in der konzertierten

Aktion plädierte und von Professor Lothar Neumann aus Köln — er referierte über gesellschaftliche Reformen — unterstützt wurde, sprachen sich die meisten Diskussionsredner dagegen aus. Der junge Frankfurter Delegierte Joachim Vandreicke bezeichnete die konzertierte Aktion als eine Institution, die den Unternehmern Gewinne in ungeheurem Ausmaß garantiere und das bestehende System und die damit verbundene Unterprivilegierung der Abhängigen stabilisiere.

Kurt Elling, Burgdorf bei Hannover, sagte, daß ein weiterer Verbleib der Gewerkschaften in der konzertierten Aktion die Tarifautonomie gefährde, und der bayerische Delegierte Alfred Schreiner sah in der Mitarbeit der Gewerkschaften ein „Alibi für die profitwirtschaftliche Form unserer Wirtschaftsverfassung“. In der gegen mehr als 200 Stimmen angenommenen Entschließung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik wird zur Frage des Austritts aus bzw. Verbleibs in der konzertierten Aktion nicht Stellung bezogen, dafür aber, im Gegensatz zur Praxis, festgestellt, in ihr würden „soziale Konflikte sichtbar gemacht und verdeutlicht werden“.

Eine beachtliche Rolle spielten auf dem Gewerkschaftstag auch das Berufsverbot im öffentlichen Dienst und die Grundsätze der Ministerpräsidenten der Länder gegen angebliche „verfassungsfeindliche Bestrebungen im öffentlichen Dienst“. In einer Entschließung sprach sich der Gewerkschaftstag indirekt gegen diese Grundsätze aus und legte fest, daß allen betroffenen Mitgliedern Rechtsschutz zu gewähren sei. Wenn dieser Entschließung nur von 269 Delegierten zugestimmt wurde und 251 dagegen stimmten, dann darum, weil zwei weitere Initiativanträge wesentlich klarer zu diesen Problemen des Berufsverbots Stellung bezogen hatten. Diese wurden jedoch nur als Material zu der oben genannten Entschließung angenommen (siehe nebenstehende Umfrage bei Delegierten auf

dem Gewerkschaftstag zum Thema Berufsverbot).

Sabine Eiermann, Gießen, entlarvte in ihrem Diskussionsbeitrag die Hintergründe der Hexenjagd gegen die „Radikalen“ im öffentlichen Dienst. Damit sollten alle — nicht nur die DKP-Mitglieder — getroffen werden, die sich für eine Änderung der bestehenden Herrschaftsstrukturen einsetzen. Drahtzieher dieser Kampagne wären die Unternehmer, die von Reformen überhaupt nichts wissen wollen.

Widersprüchliche Meinungen gab es auf dem Kongreß auch noch bei anderen Fragen. Auf der einen Seite wurde der vom Bundesinnenminister Genscher vorgelegte Regierungsentwurf für ein neues Personalvertretungsgesetz heftig kritisiert, weil er die gewerkschaftlichen Forderungen ignoriert und nicht einmal Ansätze zur Mitbestimmung enthalte, auf der anderen Seite unterstützte ein Antrag des Hauptvorstandes Genschers Vorhaben, aus dem Bundesgrenzschutz eine Art Bundespolizei zu schaffen. Mit äußerst knapper Mehrheit sprach sich der Gewerkschaftstag dafür aus, den Bundesgrenzschutz zur „Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit“ einzusetzen. Zahlreiche Delegierte hatten sich entschieden gegen diesen Antrag ausgesprochen und an den Kampf gegen die Notstandsgesetze erinnert.

In einigen nicht unwesentlichen Fragen gelang es der Opposition auf diesem Gewerkschaftstag — sie bestand vorwiegend aus jugendlichen Delegierten und der ganzen Delegation des Bezirks Hessen —, sich gegen die Empfehlungen der Antragskommission und die Auffassung des Hauptvorstandes durchzusetzen. Unter anderem wurde für die Mitbestimmung in den Verwaltungs- und Aufsichtsräten eine echte Parität ohne den sogenannten neutralen Mann verlangt und mit Stimmenmehrheit festgelegt, daß vor jeder Tarifaktion eine Mobilisierung der Mitglieder in den Betrieben und Verwaltungen zu erfolgen habe, um den Tarifkommissionen die Forderungen der Mitglieder sichtbar machen zu können.

Bei allen Meinungsverschiedenheiten, die auf diesem Kongreß zu Tage traten, und die die beiden in den Gewerkschaften vorhandenen Grundströmungen sichtbar machten, können die zahlreichen Beschlüsse — von der Tarif- und Sozialpolitik über Probleme der allgemeinen und beruflichen Bildung, Forderungen für ein einheitliches Personalrecht bis zu der Forderung nach einem neuen Arbeitsgesetzbuch — durchaus neue Impulse für die gewerkschaftliche Arbeit in der ÖTV vermitteln. Zur Aktivierung der Mitglieder in den Betrieben und Verwaltungen kann auch die neu in die Satzung aufgenommene Bestimmung, betriebliche Gewerkschaftsgruppen zu schaffen, die in den Mit-

# Warnung vor „Hexenjagd“

## Delegierte der Gewerkschaft ÖTV gegen Berufsverbot NACHRICHTEN-Umfrage auf dem 7. Gewerkschaftstag

Ausgehend vom Grundgesetz, stellte der 7. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft ÖTV (siehe nebenstehenden Bericht) fest, „daß niemand wegen seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf“. Der Gewerkschaftstag beschloß in einem Initiativantrag (Nr. 3), allen von dem sogenannten „Extremistenbeschuß“ der Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesländer betroffenen Mitgliedern Rechtsschutz zu gewähren. Einem großen Teil der Delegierten erschienen diese Aussagen zu ungenügend, zu schwach. Sie brachten zwei weitere Initiativanträge (Nr. 35 und Nr. 37) zu diesem Themenkomplex ein.

Der Initiativantrag Nr. 37, initiiert vom ÖTV-Bezirksleiter Nordwest, Hans Schwalbach, lehnt die Grundsätze der Ministerpräsidenten u. a. deshalb ab, weil sie zu „Rechtsunsicherheit, Einschüchterung politisch Engagierter, Denunziation und Gesinnungsschnüftelei“ führen. „Das Verfahren kann daher zu einer Gefahr für die Demokratie werden.“ Weiter wird festgestellt: „Die Ablehnung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst darf nicht mit der Vertretung von politischen Auffassungen begründet werden, die im Rahmen der Verfassung vertreten werden. Insbesondere rechtfertigt Kritik an der gegenwärtigen und Reformvorstellungen für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit.“ Dieser Initiativantrag wurde als Material zu Nr. 3 verabschiedet.

gliederversammlungen auch die Vertrauensleute zu wählen haben, wesentlich beitragen.

Der neugewählte geschäftsführende Hauptvorstand setzt sich wie folgt zusammen. (In Klammern sind jeweils die Ja-Stimmen der 575 Delegierten angegeben.) Wiedergewählt wurden:

Vorsitzender: Heinz Kluncker (495), stellvertretende Vorsitzende: Heinrich Jacobi (483) und Karl-Heinz Hoffmann (404); Mitglieder: Hans Faltermeier (481), Hanna Simon (406); neu in den Vorstand kamen anstelle der ausgeschiedenen Mitglieder Gerhard Nürnberg und Gerhard Schmidt; Siegfried Merten (437) und Albrecht Rothländer (396). Der Bundesjugendsekretär Klaus Engel, der gegen Rothländer kandidierte, erreichte mit 170 Stimmen einen Achtungserfolg.

Nicht zuletzt ist noch hervorzuheben, daß auf dem Kongreß erstmals offizielle Gewerkschaftsdelegationen aus der Sowjetunion, der CSSR, Polen und Ungarn vertreten waren.

Werner Petschick

Im Initiativantrag Nr. 35 wurden Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Vetter und des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker auf dem Gewerkschaftstag aufgegriffen. Der Antrag, der ebenfalls als Material zu Nr. 3 beschlossen wurde, lautet:

„Mit aller Schärfe wendet sich die ÖTV gegen Versuche, unter dem Vorwand des Schutzes der Verfassung gesellschaftsverändernde Reformen zu bekämpfen. Schutz der Verfassung bedeutet nicht Zementierung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse. Auch wer — wie die Gewerkschaften — Überführung der Schlüsselindustrie und anderer marktbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum verlangt, tut dies unter dem Schutz der Verfassung. Schutz der Verfassung berechtigt nicht zur Gesinnungsschnüftelei. Wer glaubt, zum Schutz der Verfassung rechtsstaatswidrige Methoden anwenden zu müssen, der beseitigt die Grundlagen der Demokratie. Uns kommt es aber nicht nur auf ein allgemeines Bekenntnis an. Wir werden uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen, damit auch nicht einem einzigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst Unrecht geschieht.“

Ein großer Teil der Delegierten wollte diese Aussage zum Bestandteil des Initiativantrags Nr. 3 machen und Nr. 37 als gesonderten Antrag beschließen. Diese Empfehlung kam bei einem Stimmenverhältnis von 269:251 nicht zum Zuge, so daß Nr. 3 als Antrag und Nr. 35 und 37 als Material dazu verabschiedet wurden.

NACHRICHTEN haben einige bekannte ÖTV-Gewerkschafter, Delegierte des Gewerkschaftstages, um Meinungsäußerung zu den Empfehlungen der Ministerpräsidentenkonferenz gebeten und folgende Frage gestellt: „Sehen Sie in dem sogenannten ‚Extremistenbeschuß‘ Gefahren für die Tätigkeit der Gewerkschaften selbst? Worin bestehen diese?“ Die nachstehenden Antworten widerspiegeln gewiß auch die Meinung der Masse der Mitglieder und Funktionäre in allen DGB-Gewerkschaften in der Frage des Berufsverbots. Gerd Siebert

## Sabine Eiermann

Delegierte, Mitglied des ÖTV-Kreisvorstandes Gießen:

Es ist eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß der Angriff der herrschenden Klasse auf die fortschrittlichen Kräfte immer mit dem Angriff auf die Kommunisten als die konsequentesten Interessenvertreter der Arbeiterklasse beginnt.

Dieser „Extremistenbeschuß“ dient auch dem Ziel, die Gewerkschaften von Kampforganisationen in Ordnungsfaktoren zur Stabilisierung des kapitalistischen Herrschaftssystems umzufunktionieren. Der Beschluß trifft nicht nur Mitglieder der DKP, sondern er richtet sich letzten Endes gegen alle Gewerkschafter, ob Sozialdemokraten, Christen oder Kommunisten, die die Interessen der Arbeitenden zum Maßstab ihrer gewerkschaftlichen Arbeit machen und bestrebt sind, die bestehenden Machtverhältnisse zu ändern.

Indem wir alle gemeinsam gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse vorgehen, schaffen wir zugleich die Voraussetzungen, die Ziele und Forderungen zu verwirklichen, die wir auf dem 7. ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV beschlossen haben.

## Kurt Elling

Delegierter, Mitglied des Personalrats der Kreisverwaltung Burgdorf:

Die in den Verwaltungen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes tätigen Menschen üben eine politische Tätigkeit aus. Das erfordert von jedem selbstverständlich ein politisches Engagement. In einer Demokratie darf das aber nicht Anlaß zu Verfolgungen sein. Den sogenannten Extremistenbeschuß, nach dem fortschrittlich eingestellte Kollegen durch Berufsverbot bedroht werden, betrachte ich als den gezielten Versuch reaktionärer Kräfte, den öffentlichen Dienst zu manipulieren, demokratische Rechte zu beseitigen und die Arbeit der Gewerkschaften zu behindern.

## Heinz Hunsinger

Delegierter, Mitglied des Beirats der ÖTV, der Großen Tarifikommission für Arbeiter, Hauptpersonalrat in Mannheim:

Es fällt auf, daß die Betroffenen des Ministerpräsidentenbeschlusses nicht die Neonazis, sondern aktive Gewerkschafter sind. Nicht wer kapitalistisches Unrecht verherrlicht und rechtfertigt, sondern wer diese Zustände im Sinne der Interessen aller abhängig Beschäftigten verändern will

und nach gesellschaftlichen Reformen ruft, wird im Bereich des öffentlichen Dienstes mit Berufsverbot, Verweigerung des Beamtenstatus und anderen Drangsalierungen bedroht. Hier wird das Betätigungs- und Interessenfeld der Gewerkschaften unmittelbar berührt, denn auch sie wollen die bestehenden Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft und Gesellschaft verändern.

Wenn wir die regierungsamtlichen und staatlichen Attacken gegen links dulden, wird es nicht lange dauern, bis eine Atmosphäre entstanden ist, in der es kaum noch möglich sein wird, nach vorn weisende gewerkschaftspolitische Ziele zu vertreten, ohne in die Mühlen von solchen „Verfassungsschützern“ wie etwa Genscher zu geraten. Wer die von dem „Extremistenbeschluß“ betroffenen Kollegen schützen hilft, schützt letztlich nur sein eigenes gewerkschaftliches Wirkungsfeld, verteidigt demokratisches Grundrecht.

### **Willi Kuhlmann**

**Delegierter, Ehrenvorsitzender der OTV in Düsseldorf, langjähriges Mitglied des Hauptvorstandes:**

Ich warne Parteien und Regierungen, die Hexenjagd gegen linksstehende Frauen und Männer im öffentlichen Dienst einzuleiten. In den langen Zeiten seit dem zweiten Weltkrieg sind durch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst keine Gefahren gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland entstanden.

Die Gewerkschaften stehen rückhaltlos zur demokratischen Grundordnung. Es ist klar, daß den politisch reaktionären Gruppierungen, die nach dem Harzburger Muster der Hitler-Faschisten den Staat von innen aushöhlen wollen, schärfster Widerstand entgegengesetzt werden muß. Der 7. Gewerkschaftstag der OTV in Berlin vom 28. 5. bis 3. 6. 1972 stimmt mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund darin überein, daß es keinem Bürger und keiner Gruppierung erlaubt sein darf, mit Gewalt und Terrormaßnahmen den demokratischen Staat in seinem Wirken zu beeinträchtigen.

Die Führungsgremien der Gewerkschaften werden sorgfältig und immer wieder zur Wachsamkeit aufgerufen. Mit gewerkschaftlicher Aktivität werden die Vertrauensleute der OTV dafür sorgen, daß staatsfeindlicher Betätigung kein Raum gegeben wird.

Wenn in den leitenden Stellen der Bundesregierung, der Landesregierungen und auch der Gemeindeverwaltungen dem öffentlichen gewerkschaftlichen Wirken in den Betrieben und Verwaltungen besseres Verständnis entgegengebracht würde, könnte keine staatsfeindliche Tätigkeit aufkommen.

### **Klaus Orth**

**Bezirksjugensekretär der Gewerkschaft OTV im Bezirk Nordrhein-Westfalen II:**

Ich glaube, daß durch den „Extremistenbeschluß“ Gefahren für die Tätigkeit der Gewerkschaften entstanden sind. Die Gewerkschaften haben aufgrund der Interessen der Lohnabhängigen die Pflicht, gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen. Diese gesellschaftspolitischen Veränderungen dürfen auch vor staatlichen Einrichtungen nicht Halt machen. Hier kommt es darauf an, das Handeln der staatlichen Verwaltungen so weit wie möglich an den Interessen der Lohnabhängigen zu orientieren.

Als konsequent handelnder Gewerkschafter in der öffentlichen Verwaltung kann man durch die „Extremistenbeschlüsse“ leicht Gefahr laufen, bei Forderungen nach Veränderung der staatlichen Tätigkeit als nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes stehend bezeichnet zu werden und mit Disziplinierungsmaßnahmen bestraft zu werden.

Die Gewerkschaften sind aufgerufen und in ihrem eigenen Interesse gehalten, aktiv mit allen Mitteln gegen die durch diesen Beschluß eingeleitete Aushöhlung unseres Grundgesetzes anzugehen.

### **Rudi Sablotny**

**Delegierter, Vorsitzender der OTV-Fachgruppe Kommunale Fuhrpark-**

### **Verstärkung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit im Betrieb**

„Es hat sich überall deutlich gezeigt, daß Jugendliche mobilisiert werden können, wo an ihren Problemen und Bedürfnissen angesetzt wird, und wenn sie erfahren, daß sie selber Möglichkeiten des Engagements haben. Die Einsicht, daß zum Beispiel Probleme der beruflichen Bildung nur mit den Gewerkschaften bewältigt werden können, setzt sich innerhalb der Jugend immer mehr durch.“ Das wurde u. a. Anfang Juni auf einer Pressekonferenz des DGB-Bundesjugendausschusses festgestellt.

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit des DGB soll für 1972/73 folgende Schwerpunkte haben:

1. Gewerkschaftliche Arbeit in Betrieb und Verwaltung;
2. politische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die junge Arbeiter befähigen soll, ihre politischen und gesellschaftlichen Interessen zu erkennen und mit ihrer Gewerkschaft gemein-

**und Stadtreinigungsbetriebe im Bezirk NRW I, OTV-Vorsitzender im Kreis Duisburg, Gesamtpersonalrats- und Personalratsvorsitzender der Stadtreinigungs- und Fuhrparkbetriebe Duisburg:**

Ich halte es für ein selbstverständliches Gebot gewerkschaftlicher Solidarität, daß unser Gewerkschaftstag beschlossen hat, die von dem Beschluß der Länder-Ministerpräsidenten-Konferenz betroffenen Kollegen zu unterstützen und ihnen Rechtsbeistand zu gewähren. Betrachtet man die Praxis, wie dieser „Extremistenbeschluß“ gehandhabt wird, dann muß man feststellen, daß er sich ausnahmslos gegen solche Personen richtet, die ein sehr kritisches Gesellschaftsbild haben und als Kommunisten eingestuft werden.

Meistens sind diese Betroffenen auch aktive Gewerkschafter und Kollegen. Sie sollen nach dem Willen der Länderregierungen aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden, weil sie die Struktur unserer Wirtschaft und Gesellschaft verändern wollen: darum geht es nämlich. Aber erstens ist das mit der Verfassung völlig zu vereinbaren, und zweitens wollen genau das auch die Gewerkschaften mit den Forderungen nach Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und nach Mitbestimmung erreichen. Darum ist der Extremistenbeschluß eine Gefahr für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt, eine potentielle Gefahr für die zukunftsorientierte Arbeit der Gewerkschaften. Dieser Beschluß muß aus der Welt geschafft werden.

.....

sam danach zu handeln.

3. Stärkere Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Schüler- und Studentengemeinschaften;
4. Stärkung der Organisation durch Werbung neuer Mitglieder.

### **DGB: Berufliche Bildung verbessern**

Die „Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur beruflichen Bildung“ wurden im Mai dieses Jahres veröffentlicht. Die in neun Abschnitten mit insgesamt 111 Punkten dargelegten Vorstellungen und Forderungen umfassen sowohl kurz- als auch mittelfristige Maßnahmen. Die veröffentlichten Aussagen zur beruflichen Bildung sind in Zusammenhang zu sehen mit den „Bildungspolitischen Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes“, die im März 1972 veröffentlicht wurden.

(In einer der nächsten Ausgaben werden NACHRICHTEN ausführlicher darüber berichten.)

# Kritik an der Tarifpolitik

## IG-Chemie-Jugend für ein neues Berufsbildungsgesetz Bericht von der 9. zentralen Jugendkonferenz

Die Forderung nach verstärktem Aufbau von Vertrauensleutkörpern der Jugend in den Betrieben war das Fazit der Diskussion auf der 9. zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik, die vom 1. bis 3. Juni 1972 in Osnabrück stattfand. 69 Delegierte und neun Gastdelegierte vertraten die 77 012 Mitglieder der IG Chemie bis zum 25. Lebensjahr. Der Konferenz lagen 90 Anträge und 27 Initiativ- bzw. Abänderungsanträge vor.

In der Diskussion zum Geschäftsbericht gingen mehrere Diskussionsredner auf die Tarifpolitik ihrer Gewerkschaft ein. Der Delegierte Wolfgang Ruwoldt kritisierte die zurückliegende Tarifpolitik der IG Chemie. Er führte aus, daß „1971 in Hessen viele Fehler gemacht wurden“, die auf Kosten der anderen Bezirke gingen. Daraus müssen die „richtigen Schlußfolgerungen für die Gesamtorganisation gezogen werden“.

Ein anderer Sprecher legte dar, daß der Austritt der IG Chemie aus der konzertierten Aktion überfällig sei, denn schon vor drei Jahren sei auf dem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag der Beschluß 152 gefaßt worden, der den Verbleib der IG Chemie in der konzertierten Aktion von Minimalforderungen abhängig macht. Aber diese Forderungen seien nicht erfüllt. Worauf es ankomme, sei, „dafür zu sorgen, daß die Kollegen in den Betrieben eingeschaltet werden. Die Vertrauensleute sollen sich als Motor für die Fortentwicklung der Tarifpolitik verstehen“.

Unter großem Beifall führte ein Diskussionsredner aus: „Machen wir Tarifpolitik mit den Gremien oder den Massen? Für uns kommt es doch darauf an, die Kollegen in den Betrieben zu mobilisieren!“ Daß das „möglich ist, zeigen uns die Streiks in den vergangenen Jahren“. Die von allen Diskussionsrednern kritisierte Tarifpolitik des Hauptvorstandes rief die Hauptvorstandsmitglieder Hermann Rappe und Erwin Grütznier auf den Plan. Es gelang ihnen trotz aller guten Reden nicht, die von den Delegierten vorgebrachten Argumente gegen die jetzige Tarifpolitik zu widerlegen. In der Diskussion um die Anträge wurde dann wieder zu der Frage: Austritt oder Verbleib in der konzertierten Aktion? eine heftige Diskussion entfacht. Die Gegner der konzertierten Aktion führten an, daß sich „die Abschlüsse der IG Chemie im vorgezeichneten Rahmen der Lohnleitlinie befinden“. Sie fordern, daß „der Hauptvorstand der IG Chemie und der DGB seine Mitarbeit in der konzertierten Aktion einstellen“.

Doch auch hier wurde von Hauptvorstandsmitgliedern und hauptamtlichen Sekretären versucht, durch ihre Dis-

kussionsreden Einfluß auf die Delegierten und die Antragsberatung zu nehmen. Zwar wurde der Antrag angenommen, in dem die Mitarbeit in der konzertierten Aktion von acht Punkten abhängig gemacht wird. Die Diskussion um den Austritt aus der konzertierten Aktion geht weiter.

Die Fragen der beruflichen Bildung sowie des gesetzlichen Jugendarbeitsschutzes standen mit im Mittelpunkt der Diskussion. So fordern die Delegierten „ein neues Berufsbildungsgesetz“, das voll „den Forderungen der Gewerkschaften gerecht“ wird. „Der DGB-Bundesvorstand und die Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften werden aufgefordert, bei der

## Vorurteile überwinden

### IG-Chemie-Frauenkonferenz in Nürnberg

Für eine gleichberechtigt von Frauen und Männern getragene, politisch geprägte starke Gewerkschaftsbewegung hat sich die Leiterin der Hauptabteilung Frauen beim Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik in einem Grundsatzreferat vor den Delegierten der 7. zentralen Frauenkonferenz ihrer Gewerkschaft ausgesprochen, die Mitte Mai in Nürnberg stattfand. Die Rednerin erklärte: „Gleichberechtigung ist die erste Stufe der Emanzipation der Arbeitnehmerschaft in unserer Gesellschaft. Ohne die gleichberechtigte Partnerschaft von Mann und Frau gibt es keine emanzipierte Gesellschaft.“

Liesel Winkelsträter wies darauf hin, daß der Kampf um die Gleichberechtigung nicht als eine Anpassung der Frau an die Verhaltensnormen des Mannes mißverstanden werden dürfe, sondern er müsse vielmehr zu einem „Aufeinanderzugeschritten und Miteinanderfortschreiten“ führen. Nachdrücklich forderte sie verbesserte Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen.

In seiner Rede unterstrich der IG-Chemie-Vorsitzende Hauenschild, daß

Bundesregierung wegen einer generellen Verbesserung des Jugendarbeitsschutzgesetzes“ zu intervenieren.

Um einen dauerhaften Frieden in Europa zu erreichen, so stellen die Delegierten fest, „muß die Bundesregierung in Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau ihren Beitrag zum sofortigen Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz leisten.“

Einmütig sprachen sich die Delegierten gegen die „systematische Verkettung sozial-fortschrittlicher linker Gruppen“, gegen den „Beschluß der Konferenz der Ministerpräsidenten“ vom 28. Januar 1972 (Berufsverbot im öffentlichen Dienst), für das „sofortige Verbot der Aktion Widerstand sowie der ihr angeschlossenen Gruppen“ und für den „Ausschluß der ‚DJO‘ aus dem Bundesjugendring“ aus. In diese Jugendkonferenz waren hohe Erwartungen gesetzt worden. Doch der Verlauf und die Ergebnisse machten sichtbar, daß es innerhalb der IG Chemie Kräfte gibt, die die Gewerkschaftsjugend als Instrument zur Beeinflussung der Arbeiterjugend im Sinne der Systemstabilisierung einsetzen und mißbrauchen wollen.

Herwart Prudlo

die Gewerkschaften heute längst über ihre Funktion als „Sachwalter nur beruflicher Interessen“ hinausgewachsen seien. Im Interesse aller Arbeiter und Angestellten sei es notwendig, immer wieder zu versuchen, auf politische Entscheidungen einzuwirken, um für den arbeitenden Menschen das Bestmögliche herauszuholen.

Karl Hauenschild, der die Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung erneut bekräftigte, rief die männlichen Kollegen auf, von den traditionellen Vorurteilen gegenüber den Frauen abzugehen und ihnen politisches und gewerkschaftliches Engagement durch solidarische Unterstützung zu ermöglichen und zu erleichtern.

In ihrer Ansprache verurteilte das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Maria Weber ebenfalls die Benachteiligung der Frauen und Mädchen im Betrieb. Sie wies in diesem Zusammenhang auf das Ergebnis einer kürzlich stattgefundenen Untersuchung in 700 Unternehmen der BRD hin, nach dem selbst Frauen in leitenden Stellungen um 20 Prozent schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen. -gim-

Auf neue Art versuchte die Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten am 12. und 13. Mai in Dortmund die Kolleginnen für die Tätigkeit ihrer Organisation in Betrieb und Gewerkschaft zu aktivieren. Statt der üblichen Frauenkonferenz hatte sie 400 Vertreterinnen der rund 70 000 gewerkschaftlich Organisierten dieses Berufsgebietes, vor allem Betriebsräte und Vertrauensleute, zu einem „Infobasar 72“ eingeladen. An zahlreichen Informationsständen konnten sie das Bild über die Lage der Arbeiterinnen in diesem Berufszweig vervollkommen, an einer „Klagemauer“ ihre Sorgen loswerden.

Hauptanliegen der Konferenz war die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau, die, wie der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten, Stadelmaier, in seiner Eröffnungsansprache hervorhob, in der Bundesrepublik weder im Beruf noch in der Gesetzgebung verwirklicht sei. Ruth Köhn, Mitglied des Hauptvorstandes, erklärte, es sei unbefriedigend, unter welchen Bedingungen Frauen leben und arbeiten müßten.

In den Arbeitskreisen brachten die Delegierten ihre Forderungen nach Lohngerechtigkeit, besseren Berufsaufstiegschancen, gesünderen Arbeitsplätzen, weiterer Kürzung der Arbeitszeit und mehr Mitbestimmung im Betrieb zum Ausdruck. Auch Fragen der Verbesserung der Erziehung und der Schulreformen, der Ausweitung des Gesundheitsschutzes, Gesundheitsvorsorge, mehr Hilfen für Mütter und Kinder spielten in den Diskussionen eine Rolle.

Was den Beschäftigten der Nahrungs- und Genußindustrie auf den Nägeln brennt, wurde an der sogenannten Klagemauer deutlich: „Mehr Kindergartenplätze auf Kosten der Rüstung“ wurde gefordert, die Frage: „Wann wird die Lohngruppe IV — leichte Arbeit — abgeschafft. Alle neuen Tarifverträge weisen sie noch aus“, wurde gestellt. Aber auch die Ursachen kamen zum Ausdruck: „Die Benachteiligung der Frau kommt nicht von ihren männlichen Kollegen, sondern ist Ausfluß unseres Gesellschaftssystems, in dem alle Arbeitnehmer so benachteiligt sind, wie sie es sich gefallen lassen. Emanzipation kann nicht nur die in der Ehe sein, sondern gesellschaftliche Emanzipation.“

In einem Interview sprach sich der Vorsitzende der NGG, Stadelmaier, dafür aus, daß die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen mit Leben erfüllt werden. Nur dadurch könnten Entspannung nach außen, demokratische Reformen und bessere soziale Leistungen im Innern erreicht werden.

G. M.

## Mitgliederschwund gestoppt — Abschluß von Rationalisierungsabkommen vorrangig in der Tarifpolitik

Der 10. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder stand ganz im Zeichen des hundertjährigen Jubiläums der Organisation der Lederarbeiter. Diesem Anlaß entsprechend konnte der 1. Vorsitzende, Adolf Mirkes, namhafte Persönlichkeiten aus der Politik und der Gewerkschaftsbewegung, an der Spitze den Arbeitsminister Walter Arendt und den DGB-Vorsitzenden H. O. Vetter, sowie 50 Vertreter ausländischer Gewerkschaften — darunter aus Jugoslawien und der CSSR — begrüßen. In seiner Ansprache zu Beginn der Feierstunde umriss Adolf Mirkes die Ziele und Aufgaben seiner Gewerkschaft und erklärte, daß die Gewerkschaft Leder als unabhängige, aber keinesfalls neutrale Arbeitnehmerorganisation die Programme und das praktische Handeln der Parteien wie auch der Regierung daran messe, inwieweit sie den Interessen der größten Gesellschaftsgruppe in der Bundesrepublik, der Arbeitnehmer nämlich, entspreche.

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter stellte in seiner Ansprache fest, daß sozialer Fortschritt auch im Zeitalter ungeahnter technischer und wirtschaftlicher Entwicklungen sich nicht von selbst einstelle, sondern immer wieder erkämpft werden müsse.

Es gehe den Gewerkschaften dabei nicht allein um die ständige Verbesserung der Löhne und Gehaltstarife, sondern darüber hinaus um die Humanisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Es gebe eine moderne Art von Sklaverei auf gehobener materieller Basis. Hiervor die arbeitenden Menschen zu bewahren, sei eine der großen Aufgaben der Gewerkschaften.

Aus dem Bericht des Hauptvorstandes ging hervor, daß die Gewerkschaft Leder zu den Gewerkschaften in der Bundesrepublik zählt, deren Mitgliederbestand seit Jahren zurückgeht. Ursache dieser rückläufigen Mitgliederbewegung ist der Verlust von Arbeitsplätzen infolge der wirtschaftlichen Entwicklung in der Lederindustrie, dem steigenden Importdruck und den verschärften Rationalisierungsmaßnahmen. Innerhalb der letzten 15 Jahre hat die Lederindustrie einen Verlust von 53 000 Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Während am 31. Dezember 1968 62 574 Lederarbeiter in der Gewerkschaft Leder organisiert waren, ging diese Zahl bis Ende 1971 auf 59 066 zurück. Wie aus dem Vorstandsbericht hervorgeht, ist dieser Rückwärtstrend allerdings im letzten Jahr gestoppt worden und ein leichter Aufwärtstrend spürbar.

Ein besonderes Problem ergibt sich für die Gewerkschaft Leder aus dem hohen Anteil der Frauen in der Lederindustrie. Zur Zeit beträgt er in der Lederverarbeitung 65 Prozent und in der Schuhindustrie 62 Prozent. Der Anteil der Frauen an den Mitgliedern der Gewerkschaft Leder macht jedoch nur 38 Prozent aus, so daß sich hier Möglichkeiten für die Werbung neuer Mitglieder ergeben.

Die Tarifpolitik der Gewerkschaft Leder konzentriert sich stark infolge der besonderen Verhältnisse in ihrem Wirtschaftsbereich auf den Abschluß von Rationalisierungsschutzabkommen. Inzwischen ist eine entsprechende Vereinbarung für die Lederwaren- und Kofferindustrie getroffen worden und mit einem baldigen Abschluß für die ledererzeugende Industrie zu rechnen. In zwei Entschlüssen zur Tarifpolitik wird einmal der Abschluß von Effektivlohnklauseln in Tarifverträgen gefordert und in einer zweiten u. a. die Festlegung eines 13. Monatsverdienstes. Auch zu anderen gewerkschaftspolitischen Fragen wurden Entschlüsse verabschiedet, so zu Mitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz, Rentenversicherung und Sozialpolitik.

Verständlicherweise gab es eine lebhaft diskutierte Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau. In einer Entschlüsselung zur politischen Situation, die einstimmig angenommen wurde, werden die Verträge begrüßt, „weil sie geeignet sind, in Europa zu einem friedlichen Nebeneinander zu führen“. Zur Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird in der gleichen Entschlüsselung festgestellt, daß nun „die europäischen Gewerkschaften noch stärker als bisher zusammenarbeiten (müssen), um die soziale Seite der Gemeinschaft aktiver zu beeinflussen“.

Obwohl auf dem 10. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder zu allen Fragen lebhaft diskutiert wurde, 67 Redner kamen zu Wort, verlief der Gewerkschaftstag sehr harmonisch. In seiner Schlußrede sagte Adolf Mirkes, der Erfolg der Organisation solle nicht Grund zur Selbstgenügsamkeit werden, sondern Ansporn für die zukünftige Arbeit. Darüber wird dann auf dem nächsten Gewerkschaftstag, der in vier Jahren, 1976, stattfindet, der Hauptvorstand Rechenschaft ablegen müssen.

H. S.

# Ohne Ende hohe Unfallzahlen

## Alle drei Sekunden ein Unglück am Arbeitsplatz Gewerkschaften fordern „Arbeit ohne Gefahr“

Seit mehr als einem Jahrzehnt wird in der Bundesrepublik die hohe Zahl der Arbeits- und Wegeunfälle und der Berufskrankheiten beklagt und die Notwendigkeit betont, dem entgegenzuwirken. Bis jetzt jedoch ohne Erfolg, wie die vorläufigen Zahlen für das Jahr 1971 beweisen.

Bundesarbeitsminister Arendt hat kürzlich die Zahlen für 1971 genannt. Danach ist zwar im vergangenen Jahr die Zahl der Arbeits- und Wegeunfälle um 4,7 Prozent zurückgegangen, die Zahl der tödlichen Unfälle jedoch um 4,7 Prozent von 6282 auf 6640 gestiegen.

Jährlich werden in der Bundesrepublik mehr als 2,5 Millionen Unfälle gemeldet. Ebenso wenig, wie es Demokratie in den Betrieben gibt, wird der enorme wissenschaftliche und technische Fortschritt für die Sicherheit der Arbeiter am Arbeitsplatz sowie zum Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens eingesetzt. Alle drei Sekunden verunglückt in der Bundesrepublik ein Werkstätiger an seinem Arbeitsplatz. In der Bundesrepublik gibt es 420 000 Körperbehinderte als Opfer von Betriebsunfällen und leben 170 000 Menschen, die sich bleibende Schäden durch ein Berufsleiden zugezogen haben. Von 570 000 Arbeitnehmern, die jährlich ihren Beruf aufgeben, hat nur jeder zweite die gesetzliche Altersgrenze erreicht.

Selbst eine den Unternehmern sonst wohlgesonnene Zeitung wie die „Süddeutsche Zeitung“, kommt nicht umhin, auf die Ursachen für den mangelhaften Arbeitsschutz aufmerksam zu machen. Sie nennt, neben der Jagd auf den Profit, die „unmenschlichen Arbeitsbedingungen“, den „Geiz der Arbeitgeber...“, die die oft zeit- und geldraubenden Sicherheitsvorkehrungen scheuen“ und „Repressionen der Unternehmer oder ihrer leitenden Angestellten gegen hartnäckige Sicherheitsfanatiker.“

Wie sehr bis jetzt die gesundheitliche Betreuung der Arbeiter und Angestellten am Arbeitsplatz vernachlässigt wurde, machen folgende Tatsachen deutlich: Nur 0,1 Prozent aller Unternehmen der Bundesrepublik verfügen über einen eigenen Gesundheitsdienst und nur 353 von 1,33 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen (bis 200 Beschäftigte) werden überhaupt betriebsärztlich betreut. Auch von den 11 400 Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten wird nur jeder zehnte haupt- oder nebenberuflich durch Werksärzte betreut. Auf 20 Millionen Arbeitnehmer kommen nur 470 Mediziner, die in 469 Betrieben hauptberuflich als Werksärzte tätig sind.

Nicht besser sieht es mit dem sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aus: Ganze 180 Studenten hören an den technischen Universitäten der Bundesrepublik das Fach Sicherheitstechnik, während z. B. in der Sowjetunion jährlich 150 000 Techniker sicherheitstechnisch geschult werden. Nur 2335 Gewerbeaufsichtsbeamte sollen in der Bundesrepublik 1,6 Millionen Betriebe überwachen.

Der DGB fordert im alten und im Entwurf eines neuen Aktionsprogramms

## Bezirkskonferenzen der IGM

In den vergangenen Wochen fanden überall in den Bezirken Konferenzen der IG Metall statt. Vor den Delegierten des IGM-Bezirks Frankfurt sprach der inzwischen zum Vorsitzenden gewählte Eugen Loderer. Scharf wandte er sich gegen die Einrichtung von Arbeitskammern: „Die IG Metall fällt nicht auf den Trick herein, uns irgendwo an der Peripherie ein Organ zu schaffen, das von Beginn an unter Blutarmut leiden würde. Arbeitskammern wären indirekt Instrumente der Gegenseite.“

Die Betriebsräte müßten dagegen das neue Betriebsverfassungsgesetz bis zum äußersten ausschöpfen. Loderer forderte die Bezirksleitung auf, gemeinsam mit den Tarifkommissionen eine Strategie für die Tarifbewegung 1973 zu entwickeln und die Ziele mit den Mitgliedern zu diskutieren.

Scharf wandte sich vor den Delegierten des IGM-Bezirks Münster das geschäftsführende Vorstandsmitglied Georg Benz gegen die Diffamierung der Arbeiter durch Franz Josef Strauß, der erklärt hatte, die Proteste gegen das Mißtrauensvotum der CDU/CSU im Bundestag ließen ihn an SA und SS denken. Eine solche Diffamierung der Arbeiter und Angestellten sei kaum noch zu überbieten. Zum BetrVG 1972 erklärte der Redner, daß sich in der Grundtendenz des Betriebsverfassungsgesetzes, Betriebsrat und Gewerkschaften als unterschiedliche Interessenvertretung zu sehen, nur einiges geändert habe. Nach wie vor sei das Gesetz tendenziell geeignet, die Betriebsräte zu neutralisieren. Es gelte

„Arbeit ohne Gefahr“. Rasche, radikale und umfassende Maßnahmen wären erforderlich, um das vom DGB gesteckte Ziel zu erreichen, um Leben und Gesundheit aller Arbeitnehmer wirksam zu schützen. Die Hauptpartei der Großunternehmer, die CDU/CSU, hat als führende Regierungspartei in Bonn 20 Jahre auf diesem Gebiet so gut wie nichts getan. Für sie galt und gilt der „Herr im Hause“-Standpunkt der Unternehmer, die sich in „ihre“ Betriebe nicht hineinregieren lassen wollen.

Aber auch mit der Aufnahme der Tätigkeit der „Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung“ und dem Gesetzentwurf der jetzigen Bundesregierung „über Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (s. „Gesetz zur Arbeitssicherheit“, NACHRICHTEN Nr. 3/1972) — so sehr man diesen Entwurf als ersten Schritt zu einer gesetzlichen Regelung dieser Komplexe auch begrüßen mag — ist kein grundlegender Wandel zugunsten der Sicherheit für alle Arbeitnehmer zu erwarten. A. B.

die gewerkschaftlichen Vertrauensleute zu stärken und ihnen als Repräsentanz der Gewerkschaft im Betrieb noch mehr Gewicht zu verleihen.

40 Anträge lagen den 308 Delegierten des IGM-Bezirks Hamburg vor, die 205 000 Mitglieder der vier Küstländer vertraten. Unter anderem wurde gefordert: Gemeinsame Tarifverträge für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge, ersatzlose Streichung der Leichtlohngruppen, Kündigungsschutz für Jugendvertreter. Die Delegierten verurteilten die Bestrebungen, an den Schulen Wehrkundeunterricht einzuführen.

Hans Mayr, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, erklärte, die Gewerkschaft bekämpfe eine Auslegung von Koalitionsfreiheit, die es den Unternehmern faktisch erlaube, Tarifautonomie und gewerkschaftliche Handlungsfreiheit einzuschränken. „Aussperrung ist ein politischer Willkürakt der Unternehmer und sie macht Mißbrauch ohnegleichen!“ Sie müsse deshalb durch die Verfassung verboten werden.

Vor den Delegierten des IGM-Bezirks Essen machte Bezirksleiter Manowski darauf aufmerksam, daß Geld immer noch Macht bedeute. Es sei an der Zeit, daß dies auch der letzte Arbeitsstehende begreife. Das gelte gerade jetzt, da Gesamtmetall offensichtlich auf Kollisionskurs gegangen sei. Fritz Strothmann vom IGM-Vorstand forderte Betriebsräte und Vertrauensleute im Interesse der Belegschaft vor engen Zusammenarbeit auf. K. Kilian

# Der Coup der Zechenherren

## DKP veranstaltete Bergarbeiterkonferenz in Bottrop Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum notwendig

Dem Ruhrbergbau droht ein neuer Aderlaß. Weitere Zechenstilllegungen stehen auf der Tagesordnung. Allein im Essener Raum sollen vier Schachtanlagen ihre Förderung einstellen. 45 000 Kumpel stehen vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze. Durch bevorstehende Feierschichten wird der Lebensstandard der Bergarbeiter und ihrer Familien weiter eingeschränkt. Angesichts dieser bedrohlichen Situation hatte die DKP-Bezirksleitung Ruhr-Westfalen am 11. Mai 1972 zu ihrer 1. Bergarbeiterkonferenz in die Kohlestadt Bottrop eingeladen. Rund 300 Kumpel, Betriebsräte und Vertrauensleute nahmen an der Konferenz teil.

Manfred Kapluck, DKP-Bezirksvorsitzender und Präsidiumsmitglied, wies in seinem Referat auf die zunehmende Ausbeutung der Bergarbeiter und ständige Unsicherheit der Arbeitsplätze hin. Er erklärte: „Während mit Gründung der Ruhrkohle AG 1969 behauptet wurde, durch die Einheitsgesellschaft können die Arbeitsplätze gesichert, der Kohleabsatz garantiert und die sozialen Arbeitsbedingungen verbessert werden, ist die Entwicklung in Wirklichkeit begleitet von ständigen Bankrottandrohungen, von Aufhaldungen, von Kurzarbeit und Stillgebungsbeschlüssen.“

Der Redner erinnerte an das fette Geschäft, das die Zechenherren mit der Stilllegung von Förderkapazitäten gemacht haben: „Auf dem Höhepunkt der Kohlenkrise wurde für jede Tonne nicht geförderte Kohle eine Prämie ausgesetzt. Oder anders gesagt, für jede Tonne Kohle, die man absaufen ließ, zahlten die Steuerzahler über 50 DM.“ Zwar sei mit gewerkschaftlicher Aktivität ein Sozialplan durchgesetzt worden, „doch der Kumpel wurde ohne zu fragen von Betrieb zu Betrieb geschickt, wie eine Kuh, der man die Weide zuteilt.“

Von 1957 bis 1969 sei die Zahl der Bergarbeiter im Ruhrgebiet von 494 000 auf 203 000 reduziert worden. Nicht reduziert worden sei die Ausbeutung. Die Mann- und Schichtleistung stieg im gleichen Zeitraum auf 240 Prozent. Während sie 1957 bei 1599 kg stand, liegt sie schon seit mehr als fünf Monaten über der 4-Tonnen-Grenze. Den Coup, den die Unternehmer mit der Gründung der Ruhrkohle AG machten, bezeichnete Manfred Kapluck als ein Gangsterstück, „gegen das der Postraub in England ein kleiner Fischzug war“.

Die Unternehmer hätten sich „großzügig“ bereit erklärt, ihre Zechen in die Ruhrkohle AG einzubringen. Sie brachten jedoch lediglich einen skelettierten Bergbau in die Einheitsgesellschaft ein. Die wertvollen Grundstücke der Bergbaugesellschaften und die florierenden Energiewerke wurden getrennt und nicht eingebracht. „Nur die verschuldeten Zechen, zum Teil weit über dem tatsächlichen Wert veranschlagt, wurden in der Ruhrkohle AG

über hinaus fordert die DKP die Ver-gesellschaftung aller Konzerne des Stein- und Braunkohlenbergbaus, der Atom-, Gas- und Erdölwirtschaft sowie der Kraftwerke und der Stahlindustrie als größte Kohleabnehmer.

Die Teilnehmer der 1. Bergarbeiterkonferenz stellten sich ohne Einschränkung hinter die 9-Prozent-Lohnforderung ihrer Gewerkschaft. In einstimmig gefaßten Entschlüssen verurteilten sie die Eskalation der US-Aggression in Vietnam. Sie forderten die Niederschlagung des Prozesses gegen Angela Davis sowie Solidarität mit ausländischen Kollegen, die in ihren Heimatländern Spanien, Griechenland und der Türkei gegen die faschistische Herrschaft, für Freiheit und Demokratie kämpften. gim.

## DGB-Kritik am Entwurf des Personalvertretungsgesetzes

Aus Anlaß des bevorstehenden Gesetzgebungsverfahrens zur Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes hat der DGB in einem Spitzengespräch mit Bundesinnenminister Genscher eingehend seine Auffassung zur Änderung dieses bedeutsamen Gesetzes dargelegt. Der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Gerd Muhr, forderte dabei vor allem die Berücksichtigung der vom DGB bereits 1970 vorgelegten Novellierungsvorschläge.

Der DGB betonte ferner, daß der vorgelegte Referentenentwurf seinen Vorstellungen von einer zeitgemäßen Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts noch keineswegs entspreche. Der Entwurf bleibe in einer Reihe von Punkten nicht nur hinter dem neuen Betriebsverfassungsgesetz, sondern auch hinter den in den letzten Jahren verabschiedeten Landespersonalvertretungsgesetzen zurück. Die Mitbestimmungsrechte der Personalräte müßten daher erheblich umfassender gestaltet werden. Darüber hinaus sei eine bessere Anerkennung der gewerkschaftlichen Präsenz im Rahmen des Personalvertretungsgesetzes erforderlich.

Der DGB will sich deshalb auch bei den kommenden Gesetzgebungsverfahren mit allem Nachdruck für ein fortschrittliches Personalvertretungsgesetz als einem wichtigen Bestandteil der von der Bundesregierung angekündigten inneren Reformen einsetzen. Er erwartet von der Bundesregierung, daß sie bei der Entscheidung des Regierungsentwurfs die Zusage aus der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 einhält, auf der Grundlage der in der 5. Legislaturperiode eingebrachten Gesetzentwürfe eine Reform des Personalvertretungsgesetzes durchzuführen.

Angesichts drohender Feierschichten, bevorstehender Zechenstilllegungen und neuerlicher Belastungen der Steuerzahler zur Finanzierung der RAG-Aktionäre unterbreitete Manfred Kapluck im Namen des Bezirksvorstandes der DKP Ruhr-Westfalen Vorschläge für eine erweiterte wirksame Mitbestimmung:

■ Umwandlung der bisherigen Anhörungs- und Mitwirkungsrechte der Betriebsräte in echte Mitbestimmungsrechte.

■ Gleiche Rechte für die Betriebsräte-Vollkonferenz der RAG wie sie auch die Hauptversammlung der Aktionäre hat.

■ Wahl des Betriebsdirektors für Personal- und Sozialfragen durch die Belegschaft der jeweiligen Werkseinheit.

■ Rechenschaftspflicht der Belegschaftsvertreter in den Aufsichtsgremien gegenüber der Belegschaft und die Möglichkeit ihrer Abwählbarkeit.

■ Besetzung des RAG-Aufsichtsrats mit 50 Prozent Belegschafts- und Gewerkschaftsvertretern. Besetzung der restlichen 50 Prozent je zur Hälfte mit Anteilseignern und Abgeordneten des Landtages von Nordrhein-Westfalen.

„Eine solche Mitbestimmung in der Ruhrkohle AG“, sagte der Redner, „würde dazu beitragen, die sozialen Belange der Belegschaften gegenüber dem Gewinninteresse der Anteilseigner durchzusetzen, eine neue Energiepolitik zu begründen und günstigere Voraussetzungen schaffen, letztlich die Energiewirtschaft zu vergesellschaften und auch die RAG, entsprechend ihrem Monopolcharakter, in Gemeineigentum zu überführen.“ Dar-

# Betriebsratswahlen 1972

## Großer Erfolg der gewerkschaftlichen Einheitslisten Buch „BVG '72, kommentiert für die Praxis“, nutzen

Die Gewerkschaften legen in diesen Wochen die Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1972 vor. Bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe waren nur einige Zwischenergebnisse bekannt, die aber bereits einige Tendenzen bei den Wahlen anzeigen und eine vorläufige Bilanzierung gestatten.

Die Neuwahlen der Betriebsräte in den Monaten März, April, Mai nach den Bestimmungen des neuen Betriebsverfassungsgesetzes fanden unter großer Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten statt. Sie brachten den Gewerkschaften des DGB einen großen Erfolg. Die Wahl der neuen Betriebsräte fand nach Jahren oft erbitterter Kämpfe der Arbeiter mit den Unternehmern um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen statt. Sie fiel in die Zeit des Ringens um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, in dem die Arbeiter mit ihren Betriebsräten eine große Rolle spielten.

Unter diesen beiden Gesichtspunkten ist es wichtig, daß die Arbeiter und Angestellten in der Regel solche Kandidaten wählten, die sich in diesen Kämpfen aktiv bewährt haben. Dabei spielte es eine untergeordnete Rolle, ob diese Kandidaten der SPD, der DKP angehörten oder parteilos waren. Die neuen Betriebsräte als die direkten Vertreter der Gesamtinteressen der Belegschaften gehören zu der qualifiziertesten und aktivsten Gruppe der Arbeiterklasse. Sie haben eine große gewerkschaftliche Verantwortung, denn sie sind die tatsächlichen Führer der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Büros.

Bei der Vorbereitung der Neuwahlen und ihrer Durchführung versuchte die

### Verstoß gegen Betriebsverfassungsgesetz

Gegen die vom Fiat-Konzern beschlossene Stilllegung der Montageabteilung des Heilbronner Fiat-Werkes haben Betriebsrat und IG Metall protestiert. Der 1. Bevollmächtigte der IGM Heilbronn, Zwickel, beschuldigte den Konzern, eindeutig gegen die Bestimmung des Betriebsverfassungsgesetzes verstoßen zu haben. Betriebsrat und Gewerkschaft wurden von der Produktionseinschränkung nicht unterrichtet. Sie erfuhren davon erst durch Presseveröffentlichungen. Von den 500 Arbeitern findet nur die Hälfte in anderen Abteilungen des Werkes neue Arbeitsplätze.

CDU/CSU im Einvernehmen mit den Unternehmensverbänden, die Einheitlichkeit der Belegschaften aufzuspalten. Vor allem seitens der CDU/CSU wurde auf die DGB-Gewerkschaften ein Druck ausgeübt, Vertreter ihrer politischen Richtung auf die Kandidatenlisten zu setzen, andernfalls CDU/CSU-Spalterlisten aufgestellt würden. Gleichzeitig bemühten sich diese Kräfte, unterstützt auch von rechten SPD-Führern, daß Kommunisten, die Mitglieder der Gewerkschaften sind und dort aktive Arbeit leisten, von der Wahl als Betriebsräte ausgeschlossen werden sollten. Auch andere Kräfte, prinzipienlose Karriere-macher und ultralinke sektiererische Gruppchen machten gegen die Einheitslisten der Gewerkschaften Front. Aber alle diese Spaltungsversuche haben Schiffbruch erlitten.

Obwohl noch keine endgültige Übersicht der Endresultate der Betriebsratswahlen vorliegt, ergibt sich nach vorläufigen statistischen Angaben, z. B. in dem Bereich der IG Metall ein Anteil von 91,2 Prozent an den gewählten Betriebsräten, für die Deutsche Angestelltengewerkschaft 3,9, den Christlichen Gewerkschaftsbund 2,7 und für Unorganisierte 2,2 Prozent. Im Bergbau erhielt die IGBE 92,2 Prozent der zu wählenden Betriebsräte, Unorganisierte erhielten 1,4 und Gewerkschaften außerhalb des DGB etwa 6 Prozent. Es ist auch positiv, daß in einer größeren Zahl von Betrieben Betriebsräte gewählt wurden.

Damit ist ein Anfang gemacht nach den Bestimmungen des BetrVG 72, in allen betriebsratsfähigen Betrieben die notwendigen Arbeiter und Angestelltenvertretungen zu wählen. Die Erstwahl in solchen Betrieben ist bekanntlich jederzeit möglich.

Wenn auch die Feststellung richtig ist, daß die Betriebsratswahlen keine parteipolitischen Testwahlen waren, so waren sie jedoch keineswegs unpolitisch. Die politischen Hintergründe zum Beispiel, die zu einer Bremsung der aktiven Lohnpolitik führten, und die Bestrebungen, den Reallohn zu senken, die Verträge von Moskau und Warschau oder der Versuch von Strauß und Barzel, die Regierungsmacht zu übernehmen, die Forderung der Abrüstung u. a. spielten im Betriebsratswahlkampf und werden in der Tätigkeit der neugewählten Betriebsräte eine große Rolle spielen.

Auf den Einheitslisten der Gewerkschaften kandidierten in allen Fällen mehr Arbeiter und Angestellte, als zu wählen waren. Es spricht für die Reife der Arbeiter und Angestellten, daß sie aus der Vielzahl der Kandidaten — oft waren sie in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt — sorgfältig die aussuchten, die fähig und bereit sind, die Interessen der Arbeiter und Angestellten gegenüber den Unternehmern zu vertreten.

Für die künftige Arbeit der Betriebsräte hat unser NACHRICHTEN-Verlag jetzt das Buch „BVG 72, vollständiger Wortlaut, kommentiert für die Praxis“ herausgebracht. Diese Schrift ist eine große Hilfe für alle Arbeiterfunktionäre in Betrieb und Gewerkschaft. Es ist ein unentbehrliches Nachschlagewerk für die Arbeiterinteressen. Es gibt nicht nur sachliche Aufklärung über den rechtlichen Inhalt des neuen BVG, sondern vor allem Hinweise für ein an den Arbeiterinteressen orientiertes Verhalten bei der notwendigen Ausnutzung der Bestimmungen des „BVG 72“.

- jol -

## NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

### Konzentrationsfälle vervierfacht

1970 hat sich die Zahl der Konzentrationsfälle, verglichen mit 1961, vervierfacht. Das erklärte Dr. Peter Düsberg von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Recklinghausen. Vor allem für die Bundesrepublik zeigte die Statistik der beim Kartellamt meldepflichtigen Zusammenschlüsse einen steilen Anstieg im Jahre 1963, der noch ausgeprägter sei als für die EWG insgesamt. Auch in den Jahren zuvor habe die Bundesrepublik die anderen EWG-Staaten überflügelt: Zwischen 1958 und 1967 habe sich die jährliche Zahl der Zusammenschlüsse vervierfacht, in Frankreich, Italien und Belgien habe sie sich dagegen verdoppelt und in Holland bis 1965 um etwa 250 Prozent zugenommen. Dr. Düsberg erklärte: „Eine Vervierfachung der jährlichen Konzentrationsfälle in der EWG, und von insgesamt rund 3000 1150 Fälle in den letzten beiden Jahren, spreche eine eindrucksvolle Sprache“.

# Unternehmer starten Angriff

## Zuerst 15 Millionen für Propagandaaktion Hauptstoß richtet sich gegen Gewerkschaften

Der Klassenkampf von oben wird noch härter werden. Die Unternehmer fürchten um den Bestand der spätkapitalistischen Ordnung in der Bundesrepublik und wollen gegenüber der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften eine schärfere Gangart einschlagen. Das ist das Fazit einer Konferenz von Geschäftsführern, die im Mai von der bundesdeutschen Unternehmerzentrale veranstaltet wurde. Die Gewerkschaften werden den ihnen vorgeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen müssen.

Auf der Geschäftsführerkonferenz der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) kündigte deren Präsident, Otto A. Friedrich, eine umfassende politische, ideologische und ökonomische Offensive gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen an. Es wurde bekannt, daß alle Unternehmerverbände in einer konzentrierten Aktion eine umfassende Öffentlichkeitskampagne gegen den zunehmenden Einfluß sozialistischen Gedankenguts vor allem in der jüngeren Generation einleiten wollen.

Die Unternehmerverbände haben eine gemeinsame Kommission gebildet, die generalstabsmäßig einen Plan für diese Aktion ausarbeitet. Die Federführung hat die Propagandazentrale der Unternehmerverbände, das Deutsche Industrieinstitut in Köln. Nicht weniger als 15 Millionen DM stellen die Unternehmer für diese Kampagne bereit. Diese Aktion ist zugleich eine massive Einmischung der Unternehmer in den Bundestagswahlkampf, mit der sie die CDU/CSU an die Macht bringen und die SPD dahin drängen wollen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung noch offener, als das bisher der Fall war, zu verteidigen.

Der Hauptstoß richtet sich jedoch gegen die Gewerkschaften und gegen die in ihnen stärker werdenden Kräfte, die auf der Grundlage des DGB-Grundsatzprogramms eine grundlegende Änderung von Wirtschaft und Gesellschaft anstreben.

Die Unternehmer wollen mit Hilfe des Betriebsverfassungsgesetzes jede politische Aktivität im Interesse der Arbeiterklasse in den Betrieben unterbinden. Desweiteren kündigten sie an, daß sie ihre Angriffe auf die Lohnpolitik der Gewerkschaften verstärken werden. Der Hauptgeschäftsführer der BDA, Eichler, betonte, die Bundesvereinigung werde darauf hinwirken, daß in Zukunft Lohn- und Tarifauseinandersetzungen „großräumig“ geführt werden. Die Unternehmer hoffen, durch eine Zentralisierung der Tarifpolitik den Gewerkschaften die Möglichkeit zu nehmen, mit regional begrenzten Schwerpunktsstreiks ihre Lohnforderungen durchzusetzen.

Es erhebt sich die Frage, was die tieferen Ursachen dafür sind, daß die

Unternehmerverbände gerade jetzt eine so aufwendige Kampagne starten. Das läßt sich nur damit erklären, daß die Herren der Großindustrie im höchsten Maße verunsichert sind. Eine ganze Periode nach dem zweiten Weltkrieg wurde das kapitalistische Profitprinzip und die ihm zugrunde liegende Gesellschaftsordnung von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse nicht in Frage gestellt. Dem ist heute nicht mehr so.

Bedauernd mußte der Vorsitzende des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft und Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, Dietz, zugeben, daß die Zeit vorbei ist, die aus der Sicht der Machtsicherung der Unternehmer „relativ einfache und allgemein einsichtige Maßstäbe und Normen setzte“. (Handelsblatt, 20. 5. 1972) Die ökonomischen Klassenkämpfe verschärfen sich. Das zeigte sich in den Septemberstreiks 1969 und in den Streikaktionen der Jahre 1970 und 1971. Zugleich wuchsen die politischen Einsichten. Ein sichtbarer Ausdruck waren die vielfältigen Aktivitäten der Arbeiterklasse anläßlich des konstruktiven Mißtrauensvotums der CDU/CSU.

Es ist Christian Götz zuzustimmen, wenn er in der „Welt der Arbeit“ (19. 5. 1972) feststellt: „Wenn eines Tages Historiker die Geschichte der Bundesrepublik aufarbeiten, dann wird der 27. April 1972 dabei eine besondere Rolle spielen... weil in jenen

### 979 329 junge Gewerkschafter

Als einen großen Erfolg bezeichnete der DGB die Aktion „Jahr des jungen Arbeitnehmers“. Wie Franz Woschek vom DGB-Bundesvorstand kürzlich in Düsseldorf erklärte, hätte die Zahl der jungen DGB-Mitglieder unter 25 Jahren um 16 959 auf 979 329 gesteigert werden können. Der DGB-Sprecher zeigte sich zuversichtlich, bald die Millionengrenze zu erreichen, da auch bei den jungen BRD-Arbeitern die Notwendigkeit des solidarischen Zusammenschlusses in immer größerem Maße erkannt werde.

Tagen ein neues Element Eingang in die politische Auseinandersetzungen der Bundesrepublik fand... die spontane Reaktion (und das sich darin ausdrückende politische Engagement) weiter Kreise der Arbeiterschaft auf das politische Geschehen in Bonn.“ Eine in Aktion befindliche Arbeiterklasse ist für die Unternehmerverbände stets eine mögliche Gefährdung der Macht des Kapitals. Aber es gibt noch eine Reihe weiterer Momente, die das Kapital veranlassen, eine so umfassende Offensive zu starten. Mit bemerkenswerter Offenheit hatte einer der Vertreter des Großkapitals im Bundestag, Gerhard Kienbaum (FDP), in der „Wirtschaftswoche“ (26. 5. 1972) enthüllt, warum er beim konstruktiven Mißtrauensvotum der CDU/CSU gegen die sozialliberale Koalition stimmte. Es waren bei ihm vor allem innenpolitische Gründe. Ein Teil der Großbourgeoisie ist prinzipieller Gegner auch der bescheidensten Reformen, wenn ihm dabei der private Profit, wenn auch nur geringfügig, geschmälert wird. Kienbaum wirft der Regierung vor, daß sie erstens ungenügend gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaften Front gemacht habe, daß sie zweitens den Angriffen auf das kapitalistische System ungenügend entgegengetrete, daß sie drittens den Kapitalmarkt durch eine zu hohe Kreditaufnahme überfordere und daß sie den 1969 versprochenen Reformen nicht entsage, vor allem nicht den geplanten geringfügigen Steuererhöhungen für die Unternehmer.

Wir sehen hier einen Widerspruch zwischen den Erfordernissen der Systemstabilisierung durch staatsmonopolistische Reformen, denen die Regierung nachkommen will, und den Interessen des privaten Kapitals, las darauf besteht, daß seine Höchstprofite gesichert werden und allein die Arbeiterklasse zur Kasse gebeten wird.

Wir können gegenwärtig feststellen, wie die Regierung, die nicht bereit ist, sich auf die am 27. April sichtbar gewordene Kraft der Massen zu stützen, vor dem Druck der Unternehmerverbände zurückweicht und erhebliche Mittel im Bundeshaushalt, mit denen dringende Reformen finanziert werden sollten, zu streichen bereit ist.

Für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen besteht nicht der geringste Grund, die bedeutenden Anstrengungen des Monopolkapitals zu unterschätzen. Es kommt jetzt darauf an, die entsprechenden Gegenmaßnahmen einzuleiten, um, gestützt auf die Aktivität aller Gewerkschaftsmitglieder sowie Vertrauensleute und Betriebsräte, den Unternehmern Paroli zu bieten. Die Unternehmer wollen den Kampf. Sie sollen ihn haben. Um ihn erfolgreich zu bestehen, müßten jetzt die Hauptthesen der Unternehmer, die die Berechtigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln nachzuweisen versuchen, systematisch und überzeugend widerlegt werden.

Heinz Schäfer

# Monopol, Profit und Umwelt

**Kapital reagiert nur auf Profit — auch beim Umweltschutz  
Wie die Schuldigen von sich abzulenken bemüht sind . . .**

Umweltgefährdung und -zerstörung haben sich zum gesellschaftlichen Problem ausgewachsen. Immer mehr Menschen erkennen die Tragweite der Bedrohung der natürlichen Lebensbedingungen durch die kapitalistische Vereinnahmung der Natur. Im Kampf um sauberes Wasser, bessere Luft, weniger Lärm, um Landschaftspflege und Naturschutz strömen der antimonopolistischen Front neue Kräfte zu. Das Kapital und sein Staat können den Fragen nicht länger ausweichen.

Umweltschädigungen, wie sie bisher schon zu registrieren, aber in noch größeren Dimensionen künftig zu erwarten sind, drohen zurückzuschlagen auf ihre Urheber: Die fortgesetzte und — wie prognostiziert wird — sich noch beschleunigende Verseuchung von Wasser, Boden und Luft muß über kurz oder lang auch die kapitalistische Produktion behindern und damit die Kapitalverwertung erschweren. Sie birgt sozialen Sprengstoff in sich. Sie kann sogar, wenn auch in weitaus geringerem Maße als bei den Werkträgern, die individuelle Lebensweise der Angehörigen der Kapitalistenklasse beeinträchtigen.

Die „staatstragenden“ Kräfte — Politiker, Ideologen, Unternehmer — beziehen Stellung. Sie reagieren auf verschiedene, oft sogar widersprüchliche, jedoch immer typisch kapitalistische Weise. Die einen beschließen ein „Gesamtprogramm zum Umweltschutz in der BRD“ mit Kosten von 36 Mrd. DM bis 1975, bei dessen Verwirklichung nur eines sicher ist: daß der Profit geschont und den Verbrauchern, also den Werkträgern, die Rechnung präsentiert werden soll. Die anderen bemühen sich um die „Förderung des Umweltbewußtseins jedes einzelnen Bürgers“ und versuchen, die Werkträgern über die Suggestion einer „Umwelt-Schicksalsgemeinschaft“ auf neue Belastungen vorzubereiten.

Die Unternehmer schließlich setzen derweilen ihr Geschäft mit der Umwelt fort. Ein Geschäft in doppelter Hinsicht: Zuerst ziehen sie ihre Gewinne aus der schrankenlosen Ausdehnung der kapitalistischen Produktion, die sich über die Zerstörung ökologischer Gleichgewichte vollzieht. Dann, wenn die profitorientierte Umweltverschmutzung ein derart kritisches Stadium erreicht hat, daß vom Staat mit Steuermitteln die allerdingsten Gegenmaßnahmen eingeleitet werden müssen, profilieren sie wiederum an den Aufträgen, die mit dieser fälschlicherweise als „Umweltschutz“ deklarierten Katastrophenhilfe verbunden sind.

Kapital reagiert nur auf Profit — die Taktik der Unternehmer gegenüber

den Umweltproblemen bestätigt die Marx'sche These. Zur politisch-ideologischen Komponente dieser Taktik gehört eine Reihe von Behauptungen, alle mit dem Ziel, die Unternehmenseite von jeder Verantwortung für Umweltschäden zu entbinden:

1. Zunächst wird versucht, der Öffentlichkeit einzureden, es sei alles gar nicht so schlimm. Berechtigte Warnungen ernstzunehmender Wissenschaftler werden mit der von den Massenmedien künstlich erzeugten „Umwelt-Hysterie“ in einen Topf geworfen. Alle Kritiker an der destruktiven Haltung der Großindustrie zum Umweltschutz werden, wie Springers „Welt“ es im Januar versuchte, als „seelische Blumenvergifter“ und „Weltverbesserer, die am liebsten unsere ganze Industrie dem Erdboden gleichmachen würden“, ihre Anträge als „abstruse Einlassungen fanatischer Umweltschützer“ und „Terror der Laien“ diffamiert.

2. Die Realitäten lassen sich jedoch nicht gänzlich hinwegdiskutieren. Also wird von den Kapitalisten und ihren Apologeten behauptet, die Umweltprobleme wären völlig klassen- und systemneutral. Sie seien vielmehr zwangsläufige Begleiterscheinungen des allgemeinen technischen Fortschritts und des ökonomischen Wachstums, sie seien „Preis für erhöhten Wohlstand“ und Konsequenz „uner-sättlicher Konsumtionsbedürfnisse“. „Die Umweltverschmutzung“, behauptet Direktor Kurth von der Schering AG, „ist eine Folge der allgemeinen technischen und zivilisatorischen Entwicklung.“

3. Folglich seien Gott und die Welt, die Kommunen, die Nachbarländer, vornehmlich aber die Verbraucher, für die Umweltzerstörung haftbar zu machen — alle, nur nicht die Unternehmer. Sie hätten im übrigen auch schon das Ihre und mehr zum Umweltschutz beigetragen. Heinrich Mandel vom Vorstand des RWE erklärte auf einer Tagung des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln allen Ernstes, „daß die Industrie dem wirklichen Bedürfnis nach Umweltschutz weit vorausseile“. Und auf einer Propagandaveranstaltung der Firma Henkel gab ein Direktor bekannt, daß der

größte Waschmittelkonzern der BRD 1970 15 Mill. DM für Umweltschutz ausgegeben habe — allerdings ohne die 100 Millionen für Reklamezwecke zu erwähnen.

4. Die Parole, die Verbraucher seien an allem schuld und sollten folglich auch die Kosten bestreiten, wird ergänzt um die Behauptung, die internationale Konkurrenzlage verbiete jede weitere Belastung der BRD-Industrie mit Ausgaben für Umweltschutz.

Beide Argumente dienen auch dazu, den Widerstand der Konzerne gegen jede staatliche Auflage zu verbessertem Umweltschutz zu begründen. Wo das nicht ausreicht, greift man zu Drohungen und Erpressungen: „Mit Erstellung eines Entwurfs eines Grundsatzprogramms für den Umweltschutz . . . versteift sich der Widerstand der deutschen Industrie gegen alle Maßnahmen, soweit sie mit Kosten verbunden sind . . . Der BDI droht der Bundesregierung mehr oder weniger versteckt, die deutsche Industrie würde in wachsendem Maße gezwungen, ihre Betriebe in Regionen billigerer Arbeitskraft oder leichterer Umweltschutzbestimmungen anzusiedeln.“ („Analysen und Prognosen“, 16/1971)

Generaldirektor Kemper vom budes-eigenen VEBA-Konzern erwiderte Kleinaktionären, die sich unter Berufung auf Massenproteste und negative Gutachten gegen ein weiteres petrochemisches Kombinat im Duisburger Gebiet aussprachen: „Wenn wir die Anlagen am Niederrhein nicht bauen, werden wir gezwungen sein . . . den Standort in den Erzeugerländern für Erdöl zu wählen. Daß das beachtliche wirtschaftspolitische Konsequenzen hat, darüber müssen wir uns klar sein.“

Der Röchling-Konzern erpreßte vom saarländischen Wirtschaftsministerium die Erlaubnis zu zusätzlichen Staubabgaben an die Luft mit der Androhung von Massenentlassungen.

Die Verweigerung der Monopolindustrie, den nötigen Umweltschutz vorzunehmen, macht das eigentliche Umweltproblem in der Bundesrepublik aus. Das Kapital ist seinem Wesen nach umweltfeindlich. Seinem Charakter als Ausbeutungsverhältnis entspringt notwendig auch der ausbeuterische Charakter seines Naturverhältnisses. Die Ausbeutung des stofflichen Reichtums der Natur unter dem Gesichtspunkt der monopolistischen Kapitalverwertung steht im unver-söhnlichen Gegensatz zu einer vernünftigen Regelung der Mensch-Natur-Beziehungen im Sinne der allseitigen Befriedigung wachsender gesellschaftlicher Bedürfnisse. Kampf für bessere natürliche Lebensbedingungen schließt also den Kampf um bessere gesellschaftliche Lebensbedingungen ein.

Dr. Tu.

# Aufgaben heute und morgen

## Erhöhung des Lebensstandards übergeordnetes Ziel Polnische Gewerkschafter auf der IGM-Tagung in Oberhausen

An der 4. Internationalen Automationstagung der IG Metall in Oberhausen (siehe NACHRICHTEN 5/72) nahmen einige bekannte Gewerkschaftsfunktionäre aus der Volksrepublik Polen teil. In Diskussionsbeiträgen berichteten sie über die Maßnahmen, die in ihrem Lande ergriffen und eingeleitet werden, um das Leben der Menschen besser und würdiger zu gestalten auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums der großen Produktionsmittel. Aus diesen Diskussionsreden veröffentlichen wir nachstehend Auszüge.

Andrzej Kowal, **Industriegewerkschaft der Metallarbeiter in Polen:**

### Breite Teilnahme der Werktätigen

Eine der charakteristischen Eigenschaften des Systems der sozialistischen Demokratie ist die breite Teilnahme der Werktätigen an unmittelbarer Produktionsleitung und Gestaltung sozialistischer Arbeitsverhältnisse, die Mitbestimmung der Belegschaften bei der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Betriebe.

Die Belegschaften der staatlichen Unternehmen haben auf Grund der Initiative der Gewerkschaft 1958 eine Rechtsgrundlage erhalten, die das Sejm-Gesetz über die Berufung der Arbeiterselbstverwaltung bildet. Dieses Sejm-Gesetz gibt den Belegschaften der staatlichen Industrieunternehmen das Recht auf Kontrolle und Aufsicht über den gesamten Tätigkeitsbereich der Unternehmen sowie das Recht auf Mitbestimmung bei der Lösung der grundsätzlichen Probleme der Unternehmenstätigkeit und -entwicklung.

Die Realisierung dieser Aufgaben wird durch die Organisationsstruktur der Arbeiterselbstverwaltung gesichert, die auch die Grundeinheiten des Unternehmens — die Produktionsabteilungen — umfaßt. Die Angehörigen jeder Produktionsabteilung wählen in geheimen Wahlen ihre Vertreter, wobei die Bedingung erfüllt werden muß, daß zwei Drittel von ihnen Arbeiter sein müssen. Die Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung als oberste Selbstverwaltungsbehörde entscheidet in grundlegenden Angelegenheiten des Unternehmens.

Witold Suchowicz, **Polnischer Gewerkschaftsbund:**

### Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung

Bei der Lösung der aktuellen Probleme des heutigen Tages überlegen wir die Aufgaben, mit denen wir morgen und übermorgen konfrontiert werden und bereiten darauf die Gewerkschafts-

bewegung in Polen vor. Im Lichte der aktuellen Richtlinien der Gewerkschafts- und Wirtschaftspolitik ist die Erhöhung des Lebensstandards das übergeordnete Ziel dieser Politik. Diesem Ziel sind untergeordnet: Arbeits-, Lohn- und Sozialpolitik, sowie Investitions- und Wirtschaftsentwicklungspolitik.

Die für die laufenden fünf Jahre geplante Steigerung der Reallöhne um mindestens 18 Prozent wird fast doppelt so hoch wie in den vergangenen fünf Jahren und fast so hoch wie im ganzen Jahrzehnt 1961—1970 sein. Es ist noch hinzuzufügen, daß die bisherige Lohnsteigerung nach 1970 unter den Bedingungen der garantiert stabilisierten Lebenshaltungskosten verlaufen ist. Wir streben darüber hinaus nach weiterer Verbesserung der Lohnproportionen zwischen den einzelnen Beschäftigungsgruppen. Es ist auch eine Erhöhung der sozialen Leistungen für die Bevölkerung um über 70 Prozent vorgesehen. Wir wollen die volle und rationale Beschäftigung der Jugend sichern, die gegenwärtig das Arbeitsalter erreichen wird. Dies betrifft 3,5 Millionen Menschen, was die Bereitstellung von 1,8 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze bedeutet.

Kazimierz Czerwinski, **Vizevorsitzender des Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft der Metallarbeiter in Polen:**

### Ständige Weiterbildung

Das Niveau der Ausbildung und Qualifizierung der Bevölkerung und insbesondere der Ingenieure, Techniker und Arbeiter bedingt gegenwärtig das Wirtschaftsentwicklungstempo des Landes. Schnelle Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, ständige Modernisierung des Produktionssortiments, der technologischen Prozesse, der Organisation und Ausrüstung in Produktionsbetrieben sind die Ursachen für die wachsende Notwendigkeit der ständigen Weiterqualifizierung der Mitarbeiter, der Auffrischung und Ergänzung des Wissens und der Kenntnisse, des Schritthalten mit dem Fortschritt im Bereich eigener, manchmal sehr hoher Spezialisierung.

Ein fester Bestandteil der Erwachsenenbildung sind die Berufsausbildung und Weiterbildung und -qualifizierung der Werktätigen. Die Grundformen der Berufsausbildung sind Schulen, obwohl in vielen Arbeiterberufen auch Lehrgänge und Schulung am Arbeitsplatz organisiert werden. Die Weiterbildung und Weiterqualifizierung der Werktätigenlehrgänge, Seminare, angeleiteter Selbstunterricht, Praktika und postgraduales Studium — werden sowohl außerhalb der Betriebe als auch direkt in Betrieben realisiert. Das Berufsschulsystem für Werktätige in Polen umfaßt: Berufsschulen für erwachsene Werktätige, Meisterschulen, technische Oberschulen mit Abend- und Fernunterricht, technische Oberschulen für beste Arbeiter, Fachschulen mit Abend- und Fernstudium, Hochschulen für Werktätige. In der Zeit der ständigen Weiterentwicklung wächst die Bedeutung der Erwachsenenbildung nicht nur in Form von schulischen, sondern auch von außerschulischen Veranstaltungen. Unter den außerschulischen Organisationsformen nehmen die Lehrgänge den ersten Platz ein. Es wird geschätzt, daß jährlich Lehrgänge für etwa 3,5 Millionen Teilnehmer stattfinden. Die Kosten betragen etwa 5 Milliarden Zloty.

Zygmunt Nowak, **Betriebsratsvorsitzender, Mitglied der IG Metall in Polen:**

### Arbeitshumanisierung

Die Erziehung, d. h. die Gestaltung der Menschenpersönlichkeit und der vom gesellschaftlichen Gesichtspunkt aus gewünschten Haltungen und Reaktionen, bildet ein wesentliches Element der gewerkschaftlichen Tätigkeit im Arbeitsmilieu, mit dem gleichen Rang wie die Sorge um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sowie um eine richtige Organisation der Produktionsprozesse. Am besten kommt dieses System der Zusammenhänge in der Programmformel der Gewerkschaft über die organische Einheit der Produktions-, Lebens- und Erziehungsbedingungen zum Ausdruck.

Wir gehen dabei von der Annahme aus, daß aller Fortschritt und Entwicklung vor allem durch die planmäßige bewußte Tätigkeit des Menschen erfolgt. Deshalb ist das vergesellschaftete Unternehmen mit seinem ausgebauten System von Belegschaftsvertretungen in Form der Arbeiterselbstverwaltung nicht nur eine Organisation für die Erzeugung von materiellen Gütern, sondern auch ein komplexer gesellschaftlicher Organismus, in dem ein vielfältiger Prozeß der Gestaltung der Persönlichkeiten, Haltungen und Bewertungssysteme geführt wird, in dem die mit unseren ethischen Voraussetzungen übereinstimmenden Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gefestigt werden.

# Weiterhin Krankenhauskrise

## Bundestag verabschiedete „Krankenhausfinanzierungsgesetz“ Keine Lösung der Probleme — Belastung der Krankenkassen

Nach einem langwierigen parlamentarischen Tauziehen zwischen Bundestag und Bundesrat ist das „Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze“, kurz Krankenhausfinanzierungsgesetz genannt, endgültig beschlossen worden. Mehr als zehn Jahre ist über die Krise der Krankenhäuser viel geredet und geschrieben worden. Mit diesem von der SPD/FDP-Koalition vorgelegten Gesetz soll diese Krise überwunden werden. Doch ist es mehr als fraglich, ob das gelingt.

Ausgangspunkt für dieses Gesetz sind die steigenden Defizite der Krankenhäuser der Bundesrepublik (1971: rund 1,3 Mrd. DM) und die Tatsache, daß die Krankenhaus-Versorgung der Bundesrepublik nicht den Anforderungen der modernen Medizin und den Erfordernissen eines sozialen Rechtsstaates entspricht. Zwar steht die Bundesrepublik mit 112 Krankenhausbetten auf 10 000 Einwohner im internationalen Vergleich nicht schlecht da. Aber diese globale Zahl täuscht.

Erstens ist ein großer Teil der Krankenhäuser überaltert. Mehr als ein Drittel ist über 50 Jahre alt (s. „Keine Krankenhausmodernisierung“, NACHRICHTEN Nr. 1/1971). Zweitens gibt es unzählige Klein- und Kleinstkliniken, die weder rentabel arbeiten können, noch in der Lage sind, sich moderne medizinisch-technische Einrichtungen zu leisten. Verstärkt wird diese Differenz bei den Krankenhäusern durch die Vielzahl der unterschiedlichen Trägerschaften (Länder und Gemeinden, Krankenkassen, gemeinnützige und kirchliche Gemeinschaften, private Unternehmer). Drittens ist die regionale Verteilung der Krankenhäuser extrem unterschiedlich. So gibt es im Saarland nur 89 und in Schleswig-Holstein sogar nur 54 Krankenhausbetten auf 10 000 Einwohner. — Es fehlen auch immer noch 35 000 bis 40 000 examinierte Krankenpflegekräfte.

Die Krankenkassen sind nicht in der Lage die hohen Investitionsaufwendungen für den notwendigen Neubau, die Modernisierung und Erweiterung von Krankenhäusern aufzubringen. Das ist auch eindeutig eine Aufgabe der öffentlichen Hand.

Ohnehin haben die gesetzlichen Krankenkassen 1969 insgesamt 5 Mrd. DM für Krankenhauspflege aufgewendet. Das war ein Fünftel ihrer Gesamtausgaben. Würden sie auch noch mit den Investitionskosten für die Krankenhäuser belastet, müßten sie entweder die Leistungen an ihren Mitgliedern drastisch einschränken oder die Beiträge ebenso drastisch erhöhen.

Mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz sollen 1972, 1973 und 1974 rund 6,5 Mrd. DM für Investitionen der Krankenhäuser bereit gestellt werden. Der Bund will sich daran zu einem

Drittel beteiligen (700 Millionen DM pro Jahr, zusammen 2,16 Mrd. DM). Der große Rest soll von den Bundesländern und Westberlin aufgebracht werden. Der Bund will allerdings keine Zuschüsse zahlen, sondern Kredite für den Krankenhausbau auf dem Kapitalmarkt beschaffen und dafür den Schuldendienst übernehmen. Das ist, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ feststellte, die „teuerste Finanzierungsform“.

6,5 Mrd. DM reichen auch nicht aus, um den tatsächlichen Investitionsbedarf für Krankenhäuser zu decken. Nach den Feststellungen der Deutschen

Krankenhausgesellschaft werden in der Bundesrepublik jährlich 7300 Krankenhausbetten mehr benötigt und müßten außerdem bis 1975 jährlich 14 700 Betten erneuert werden. Das erfordert für die nächsten vier Jahre die Bereitstellung von 12,7 Mrd. DM.

Das Gesetz hat gegenüber dem Regierungsentwurf durch den Bundesrat mit seiner CDU/CSU-Mehrheit noch Verschlechterungen erfahren. So sind aus den von der öffentlichen Hand zu tragenden Investitionskosten die Instandhalte- und Instandsetzungskosten ausgeklammert worden. Diese sollen jetzt über die Krankenhauspflegesätze auf die Krankenkassen abgewälzt werden. Der Grundsatz, daß mit den Pflegeätzen nur die Behandlung und Versorgung der Patienten abgegolten werden soll, ist damit durchbrochen.

Wenn der DGB-Bundesvorstand das Krankenhausfinanzierungsgesetz begrüßt hat, so sicher deshalb, weil damit überhaupt ein erster Schritt getan wurde, um aus der Krankenhausbereitschaft herauszukommen. Doch abgesehen von den erheblichen Mängeln im Bereich seiner eng gezogenen Zielsetzung, läßt das Gesetz die im Gesundheitsprogramm des DGB angestrebte Demokratisierung der inneren Struktur der Krankenhäuser völlig außer Betracht. — pp-

## Welthandelskonferenz in Chile

### Entwicklungsländer wehren sich gegen Ausbeutung Mitspracherecht in währungspolitischen Fragen gefordert

In Santiago de Chile ging die 3. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Unctad), an der 200 Delegierte aus 141 Ländern teilnahmen, zu Ende. 39 Tage lang diskutierten die Teilnehmer über die brennenden Probleme der internationalen Handelsbeziehungen. Im Mittelpunkt der umfangreichen Tagesordnung standen — wie schon auf den beiden vorausgegangenen Welthandelskonferenzen — die sich von Jahr zu Jahr verschlechternde wirtschaftliche Situation der Entwicklungsländer und die nachlassende Hilfeleistung der hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten.

Schon in seiner Eröffnungsansprache übte der chilenische Staatspräsident Salvador Allende scharfe Kritik an dem Verhalten der reichen kapitalistischen Industrieländer gegenüber den armen Entwicklungsländern. „Die Völker der Welt werden eine internationale Ordnung nicht länger akzeptieren, die die gegenwärtige Verteilung von Reichtum und Armut auf unbestimmte Zeit zementiert“, sagte Allende und fügte hinzu: „Es ist unsere Aufgabe, die alten unmenschlichen Wirtschaftsstrukturen durch unseren Einsatz zu verändern.“

In der Tat sind die armen Länder in den letzten Jahren immer ärmer und die reichen immer reicher geworden. Während das Pro-Kopf-Einkommen der Industrienationen in den 60er Jahren

im Durchschnitt um 650 Dollar gestiegen ist, hat es sich in den Entwicklungsländern nur um knapp 40 Dollar erhöht. Hinzu kommt, daß der Anteil der Länder der Dritten Welt am Welthandel ständig zurückgegangen ist. Während er 1950 noch 30 Prozent betrug, ist er inzwischen auf 18 Prozent gesunken.

Den Forderungen der Entwicklungsländer, die Industriestaaten sollten 1 Prozent ihres Sozialproduktes für die Entwicklungshilfe aufwenden, wurde zwar in vorausgegangenen Konferenzen zugestimmt; tatsächlich aber sind die Leistungen nie über 0,78 Prozent hinausgegangen; 1971 sind sie sogar auf 0,74 Prozent gesunken. Angestiegen ist dagegen die Verschuldung, da die „Hilfe“ der kapitalistischen Indu-

striestaaten größtenteils in Form von hoch verzinslichen Krediten geleistet wurde.

So wuchsen die Schulden in den Entwicklungsländern von 10 Milliarden Dollar im Jahre 1950 auf 60 Milliarden im Jahre 1969 und werden für 1971 auf 70 Milliarden Dollar geschätzt. Die Belastungen durch den Zinsen- und Tilgungsdienst liegen bei 5 bis 6 Milliarden Dollar pro Jahr und haben fast die Höhe der Kapitalzuflüsse aus den Industriestaaten erreicht. Besonders zugespitzt hat sich die Lage seit der weltweiten Dollarkrise, die den ohnehin geringen Währungsreserven der Entwicklungsländer einen Wertverlust von über einer Milliarde Dollar zufügte.

Auf dieser Konferenz traten die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und den Entwicklungsländern in den Fragen der Finanzierung der Entwicklungshilfe, der Neuordnung des Weltwährungssystems und der Sonderziehungsrechte der Entwicklungsländer schärfer als je in den Vordergrund. In einer Resolution werden die reichen Nationen aufgefordert, die den Entwicklungsländern durch die Neuordnung des Weltwährungssystems entstandenen Verluste zu ersetzen. Diese Resolution wurde gegen 10 Stimmen, darunter auch die Stimmen der Bundesrepublik, der USA, Frankreichs und Großbritanniens, angenommen. In weiteren Resolutionen wird u. a. vorgeschlagen, daß die Industriestaaten den am wenigsten entwickelten Ländern größere wirtschaftliche Hilfe leisten sollen. Als besonders entwicklungsbedürftig in diesem Zusammenhang gelten Länder, deren durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen unter 320 DM pro Jahr liegt. Wenn die Verwirklichung dieser Forderung auch nicht erzwungen werden kann, so hoffen die Entwicklungsländer jedoch, daß von diesen Entscheidungen eine bestimmte moralische Wirkung ausgehen wird.

Entscheidend wird weiter sein, die Hauptursache für die katastrophale Armut der Entwicklungsländer zu erkennen, nämlich die Ausbeutung der Länder der Dritten Welt durch die hochindustriellen kapitalistischen Staaten. Sie beherrschen den Rohstoffmarkt, die einzige Einkommensquelle der Entwicklungsländer, und diktiert die Rohstoffpreise.

Die Zurückdrängung der Macht des Auslandskapitals sowie der nationalen Oberklassen und eine schrittweise Veränderung der bestehenden Wirtschaftsstrukturen sind unerläßliche Voraussetzungen, um sich von dem Neokolonialismus der imperialistischen Staaten zu befreien. Das zu erreichen, bedarf es weiter des Aufbaus einer tatkräftigen, von einer antikapitalistischen Position ausgehenden Gewerkschaftsbewegung in den Ländern der Dritten Welt. H. S.

# FDGB am Magistratstisch

## Vorschläge der Gewerkschafter an die Stadtverwaltung Von unserem DDR-Korrespondenten Claus Friedrich

Die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen ist bekanntlich — man entschuldige das blasse, aber hier wohl angebrachte Schlagwort — eine sehr komplexe Angelegenheit. Bei der Vorbereitung des 8. FDGB-Kongresses, der Ende Juni in Berlin stattfindet, haben sich die Gewerkschaften der DDR bemüht, für Antworten auch auf offene und für bessere Antworten auf noch unbefriedigend gelöste Fragen zu sorgen.

Hier soll nicht von gewerkschaftlichen Aktionen auf der Ebene der Betriebe oder auf zentraler Ebene die Rede sein, sondern von denen, die das Territorium betreffen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen werden zu einem erheblichen Teil von dem mitgeformt oder beeinflußt, was in der Gemeinde, der Stadt oder dem Bezirk geschieht. Viele Hinweise, kritische Anmerkungen und Vorschläge, die bei den gewerkschaftlichen Wahlversammlungen gemacht wurden, betrafen Dinge, die sich von der Seite des Betriebes aus nicht regeln lassen, sondern im Territorium in Verbindung mit den Volksvertretungen und ihren Räten angepackt werden müssen.

Als in der Hauptstadt der DDR, Berlin, der Bezirksvorstand des FDGB den Schlußbereich unter die Wahlen in seinem Bereich setzte, gehörten zu den in Ziffern auszudrückenden Resultaten auch rund 120 000 Vorschläge der Mitglieder, wovon sich ein bedeutender Teil auf Fragen der Entwicklung des Territoriums bezog. Was konnte damit geschehen?

Zahlreiche FDGB-Gewerkschafter sind Stadtverordnete; eine ganze Reihe Stadträte sind ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre. Es versteht sich von selbst, daß der FDGB Berlin auch beim Magistrat und seinem Oberbürgermeister Fechner offene Türen findet. Das Sekretariat des Bezirksvorstandes des FDGB sichtigte und ordnete die Vorschläge, versah sie zum Teil mit Anregungen für Lösungswege und faßte sie in einem 40seitigen Dokument zusammen. Dieses Papier war kürzlich Gegenstand einer ausgedehnten gemeinsamen Beratung des Sekretariats.

Blättern wir in dem Aktenstück. Auf jedem Blatt wird auf der linken Seite das Problem genannt, in der Mitte des Blattes kurz die unbefriedigende Situation geschildert und auf der rechten Seite die anzustrebende Veränderung, die der FDGB vorschlägt. So heißt es zum Beispiel: Delegation von Kindern von Produktionsarbeitern in weiterführende Bildungseinrichtungen (trotz positiver Tendenz entspricht der gegenwärtige Stand nicht der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung der Hauptstadt). Der Magistrat soll entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Im Abschnitt „Arbeiterversorgung“ finden wir: Im Industriegebiet Lichtenberg ist in Abstimmung mit dem Rat des Stadtbezirks und den Betrieben die Versorgung der Werktätigen in der zweiten und dritten Schicht mit Warmverpflegung zu sichern. Termin: 30. Juni 1972. Oder: Berlin ist zwar kein Agrarbezirk und die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten gering, doch hat dies den FDGB nicht gehindert, ausgehend von den Klagen der Landarbeiter, den Vorschlag zu unterbreiten: Durch den Magistrat ist der Handel zu veranlassen, während der Zeit der Erntekampagne zentrale Verkaufswagen einzusetzen, damit die Belieferung mit Getränken, Imbiß usw. auf dem Erntefeld gesichert ist.

Eine große Zahl von Vorschlägen beschäftigte sich mit dem Berufsverkehr, der besseren Fahrplangestaltung, dem Anschluß von Neubaugebieten an das Verkehrsnetz, der zügigen Herstellung von Wartehäuschen usw. Auch die Wohnungsprobleme fanden in dem Dokument ihren Ausdruck. Der FDGB nahm nach den Hinweisen seiner Mitglieder Anstoß daran, daß trotz der Wohnraumknappheit in der Hauptstadt der DDR über 10 000 Wohnungen zweckfremd genutzt werden und forderte vom Magistrat eine Überprüfung, die diesen Wohnraum weitgehend seinem eigentlichen Zweck wieder zuführt, wobei vor allem kinderreiche Familien zu bevorzugen sind.

Alles das sind nur Fragmente aus der langen Liste von Problemen, mit denen die Berliner Stadtväter und Gewerkschafter zu tun hatten. Im Ergebnis dieser Beratung wurden die Stadträte und die Räte der Stadtbezirke beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ab-rechenbare Aufgaben festzulegen und Rechenschaft über ihre Verwirklichung zu geben. Im Vordergrund stehen dabei Maßnahmen, die der Verbesserung der Arbeiterversorgung, des Berufsverkehrs und der gesundheitlichen Betreuung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben dienen und die mithelfen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Frauen und Mütter, besonders der alleinstehenden, zu verbessern und eine noch wirksamere Wohnungspolitik zum Inhalt haben“, wie es in einer Mitteilung des Berliner Magistrats heißt. C. F.

# 18 Wochen Urlaub bei Geburt

## Verbesserungen für berufstätige Mütter in der DDR Umfassende Regelungen bei Erkrankung von Kindern

Ab 1. Juli treten zahlreiche der gemeinsam vom Zentralkomitee der SED, dem Bundesvorstand des FDGB und dem Ministerrat der DDR beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen in Kraft (siehe auch NACHRICHTEN Nr. 5), die besonders für die berufstätigen Mütter von großer Bedeutung sind. Damit wird ein umfassender Teil des sozialpolitischen Programms verwirklicht, das auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossen worden war. Es handelt sich um Verbesserungen, die bei uns auch im Jahr der arbeitenden Frau nicht auf der Tagesordnung stehen, wovon die berufstätigen Frauen und Mütter in der Bundesrepublik nicht einmal zu träumen wagen.

Es ist ein fast unlösbares Problem, wenn das Kind einer alleinstehenden berufstätigen Mutter erkrankt. Nicht immer ist eine Oma oder eine hilfsbereite Nachbarin da, die sich des Erkrankten annehmen könnte. Die Mutter ist in diesem Falle gezwungen, ihren Tarif- bzw. unbezahlten Urlaub zu nehmen. In der Praxis sieht das so aus, daß viele von ihnen jahrelang auf den für die Erhaltung der Gesundheit so notwendigen Erholungsurlaub verzichten müssen. Hinzu kommt die Sorge um den Arbeitsplatz. Da in der Bundesrepublik der Profit an erster Stelle rangiert, werden solche Mütter, die wegen Erkrankung ihrer Kinder oft der Arbeit fernbleiben müssen, bei Produktions einschränkungen zuerst entlassen.

Abgesehen davon, daß in der DDR keine Frau, die wegen Erkrankung ihrer Kinder zu Hause bleiben muß, entlassen werden darf, erhält sie, wenn sie allein stehend ist, bis zu 13 Wochen im Kalenderjahr das gesetzliche Krankengeld, das ihr nach Wegfall des Lohnausgleichs (sechs Wochen) gewährt wird. Das gleiche gilt für den allein stehenden Vater bei Erkrankung eines Kindes. Ferner erhalten allein stehende vollbeschäftigte Mütter, denen kein Kinderkrippenplatz zur Verfügung gestellt werden kann und die deshalb die Berufstätigkeit vorübergehend unterbrechen müssen, für die Dauer der Unterbrechung eine monatliche Unterstützung in Höhe des gesetzlichen Krankengeldes (nach Wegfall des Lohnausgleichs) mindestens jedoch mit einem Kind 250 Mark, mit zwei Kindern 300 Mark und mit drei und mehr Kindern 350 Mark.

In der DDR bringt die Geburt eines Kindes keinerlei finanzielle Nachteile. Es muß nicht erst gespart werden, um die Babyausstattung anschaffen zu können. Für die Geburt eines jeden Kindes wird ab 1. Juli eine einheitliche einmalige Beihilfe von 1000 Mark gezahlt. Hinzu kommt, daß die Zeit der bezahlten Freistellung von der Arbeit erhöht wurde. Sie beträgt nach den neuen Verordnungen insgesamt 18 Wochen.

Die im anderen deutschen Staat beschlossenen Maßnahmen regeln auch

den Mindesturlaub für Mütter mit mehreren Kindern. Er beträgt z. B. bei vollbeschäftigten berufstätigen Müttern mit drei und mehr zum eigenen Haushalt gehörenden Kindern unter 16 Jahren bei Mehrschichtarbeit 24 Werktage. Selbstverständlich bleibt der bezahlte Hausarbeitstag, der jeder berufstätigen Frau mit eigenem Haushalt einmal im Monat gewährt wird, davon unberührt.

Familien mit drei und mehr Kindern bis zu 18 Jahren wird für gemeinsame Fahrten mit der Eisenbahn innerhalb der DDR eine Fahrpreisermäßigung von 33 1/3 Prozent gewährt. Bedingung ist, daß mindestens drei Mitglieder der Familie die Reise antreten.

Für Arbeiter und Angestellte, bei denen nach Ablauf des Anspruchs auf Krankengeld von 26 Wochen innerhalb der nächsten 12 Monate mit der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit zu

## Kein Zeichen guten Willens

Die DDR bleibt infolge des massiven Einspruches der Bundesregierung für ein weiteres Jahr von der gleichberechtigten Mitarbeit in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgeschlossen. Es ist kein Geheimnis, daß die Mehrheit der Mitgliederstaaten die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die WHO wünscht. In der Weltöffentlichkeit ist der hohe Stand des Gesundheitswesens in der DDR bekannt und damit auch der Nutzen für die gemeinsame Arbeit in dieser Spezialorganisation der UNO.

Im Gegensatz zur Regierung der DDR, die ihre Bereitschaft zur Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen durch eine Geste des guten Willens zu Ostern und Pfingsten eindrucksvoll demonstrierte, weigert sich die Bundesregierung ihrerseits, einen ähnlichen Beitrag zu leisten. Das hat mit Recht heftige Empörung in der DDR ausgelöst, und das Organ der Sozialistischen Einheitspartei (SED) in der DDR, „Neues Deutschland“, beschul-

den ist, wird die Bezugsdauer des Krankengeldes auf insgesamt 1 1/2 Jahre verlängert.

Auch bei uns in der Bundesrepublik fordern immer mehr Gewerkschaftsorganisationen die Einführung einer sogenannten Hausfrauenrente. In der DDR wird sie ab 1. 7. 1973 für einen Teil der Frauen Wirklichkeit. In den gesetzlichen Bestimmungen heißt es: „Frauen, die fünf oder mehr Kinder geboren haben, erhalten eine Rente von 200 M monatlich, auch dann, wenn sie die für den Rentenanspruch erforderliche versicherungspflichtige Tätigkeit nicht erfüllen.“

Das sind nur einige Verbesserungen aus dem großen Katalog, der jetzt beschlossen wurde. Sie zeigen, was dort erreicht wird, wo der Mensch und nicht mehr der Profit im Mittelpunkt steht. G. M.

## Neues Urlauberheim in Oberhof

In Oberhof ist der Grundstein für ein neues großes Erholungsheim des FDGB-Feriedienstes gelegt worden, das zu Beginn des Jahres 1974 seiner Bestimmung übergeben werden soll. Das 17-geschossige Gebäude wird jährlich 9000 Feriengäste aufnehmen und ist besonders für kinderreiche Familien gedacht. Das Haus wird mit Unterstützung jugoslawischer Baufirmen errichtet.

Die Bundesregierung, mit allen Mitteln des politisch-ökonomischen Druckes und der Erpressung die Annahme des Vertragsantrages erreicht zu haben. Mit Recht schreibt die Zeitung, die Bundesregierung habe damit „eine Störaktion gegen die positiven Entwicklungstendenzen in Europa“ unternommen.

Die Aufnahme der DDR in die WHO hätte auch die Universalität der für Juni geplanten Umweltschutzkonferenz der UNO gesichert. Sie ist nun nach wie vor gefährdet, denn ohne die offizielle Teilnahme der DDR an dieser wichtigen Konferenz, werden die Sowjetunion und weitere sozialistische Staaten dieser Konferenz fernbleiben. Die Bundesregierung aber hat sich mit ihrer Haltung in einen bewußten Gegensatz gesetzt zu den rund 800 Professoren, Ärzten und anderen im Gesundheitswesen Tätigen, darunter Nobelpreisträgern, die sich für die Aufnahme der DDR in die WHO ausgesprochen haben.

# Mitbestimmung - Gewerkschaft

1945 bis 1949, Dokumente und Materialien, „Neudrucke zur sozialistischen Theorie und Gewerkschaftspraxis“, Band 1; herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main; erschienen im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, 1972; 128 S., Paperback, Preis DM 5,80.

Es mehren sich die Buchtitel, die sich mit der Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung in der heutigen BRD beschäftigen. Bei den gewerkschaftssoziologischen Darstellungen über die Gewerkschaften in den Jahren von 1945 bis 1949 wird oft die damals erhobene Forderung nach Mitbestimmung auf allen Gebieten der Wirtschaft verschwiegen bzw. nur bruchstückhaft wiedergegeben. Dieses Verlangen erwuchs damals aus der Erkenntnis, daß das Monopolkapital, gestützt auf die Hitlerfaschisten, schuld am zweiten Weltkrieg war, der soviel Tränen, Leid und Unglück über unser Volk und andere Völker gebracht hat.

Noch immer sind die Industrie- und Bankherren die Mächtigen, ballt sich immer mehr Wirtschaftsmacht in immer weniger Händen zusammen. Noch immer müssen die Arbeiter und Angestellten um ein wirksames Mitbestimmungsrecht kämpfen. An dieser Grundtendenz ändert auch das BetrVG 72 nichts. Herr im Hause sind — wie

gehabt — jene, die über die Wirtschaftsmacht verfügen.

Die in der Schrift veröffentlichten Dokumente und Materialien zeigen, wie verbreitet der Wille nach grundlegender gesellschaftlicher Neuordnung in den drei ehemaligen Westzonen war. Davon zeugen besonders die „Wirtschaftspolitischen Grundsätze“, die auf dem Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 12. bis 14. Oktober 1949 angenommen wurden:

„Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung... Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaues, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute“, heißt es darin (Seite 89).

## Klassenkämpfe in Westeuropa

Albers, Goldschmidt, Oehlke:  
rororo aktuell, Rowohlt Taschenbuch Verlag, November 1971, 317 Seiten, DM 4,80

In ihrem Buch über die Klassenkämpfe in England, Frankreich und Italien bemühen sich die Autoren nachzuweisen, daß „die vielfältigen Ausdrucksformen der gesellschaftlichen Krise des kapitalistischen Systems aus dem nach wie vor grundlegenden Klassenkonflikt zwischen der Masse der Lohnabhängigen und einer immer geringeren Zahl von großen Kapitaleigentümern und Managern“ zu begreifen sind. Ausdrücklich bestehen sie dabei auf der Notwendigkeit eines Rückgriffs auf die Kategorien der marxistischen Gesellschaftstheorie. Der Gewinn dieses methodischen Ansatzes — gesellschaftliche Krisenerscheinungen im hochentwickelten Kapitalismus in engem Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung zu sehen — zeigt sich in ihrem Verständnis der Klassenkonflikte in den drei genannten Ländern ab 1968.

Den drei Autoren geht es immer um „einen Gesamteindruck von den Klassenkämpfen...“, indem die sozialökonomische Lage der Lohnabhängigen

und die Rolle der Arbeiterorganisation einbezogen“ wird.

Neben der Darstellung der Entwicklung der Klassenkämpfe ab 1968 muß vor allem in diesem Zusammenhang die Würdigung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse hervorgehoben werden.

Verwiesen sei dazu, neben dem Eingehen auf die Programme der Französischen Kommunistischen Partei, der Italienischen Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Partei Großbritanniens, vor allem auf die in jedem Länderbericht enthaltenen Exkurse. Sie veranschaulichen im hohen Maße die Schlüsselrolle der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse auf Betriebsebene bei der Durchsetzung von Forderungen der arbeitenden Menschen.

Durch ihre Darstellung allein schon führen die Autoren die unübersehbare Zahl „programmatischer Erklärungen“ einer ebenso unübersehbaren Zahl von ultralinken „wahren marxistischen“ Grüppchen auf die Ebene zurück, die ihnen zukommt — nämlich auf die Ebene der Bedeutungslosigkeit.

Interessant für jeden Gewerkschafter, vor allem der jungen Generation, die damalige Haltung der großen Parteien zu den Besitz- und Machtverhältnissen: So veröffentlicht die Schrift die Entschließung des 1. Parteitages der SPD 1946 in Hannover, in der der Sozialismus als „die Aufgabe des Tages“ proklamiert wurde (Seiten 100 bis 108) und das Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU vom 3. Februar 1947 (Seiten 108 bis 114), das die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisenschaffenden Industrie verlangte.

Es ist das Verdienst des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Zusammenarbeit mit dem Verlag Marxistische Blätter, diese Gewerkschaftsforderungen, die kein Jota von ihrer Aktualität verloren haben, und deren Realisierung von immer mehr Gewerkschaftern und Gewerkschaftsgremien gefordert wird, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben.

- gim -

„Für die Befreiung der Frau“,  
herausgegeben von Marianne  
Konze, Verlag Marx. Blätter,  
Frankfurt/Main 1972

In dieser Schrift haben Frauen und Männer Stellung genommen zu Fragen der Emanzipation der Frau in unserer Gesellschaft. Der Vorzug dieser Arbeit besteht darin, daß diese Emanzipation nicht abstrakt gefaßt wird, sondern abgehandelt wird an Hand des tatsächlichen politischen Kampfes in der Bundesrepublik. Der Ausgangspunkt ist die Einschätzung der BRD als Klassengesellschaft, in der die Frauen stärkstens in den Produktionsprozeß einbezogen sind. Sie sind Teil der kämpfenden Arbeiterklasse und nicht eine im bürgerlichen Sinne biologische Gruppe, bei der es hauptsächlich um die Gleichberechtigung mit dem Mann, ihre Rolle in der Familie und um Nachwuchsprobleme geht.

Die Autoren behandeln das Thema aus eigener Erfahrung, denn sie sind alle aktiv im politischen Leben tätig. Sie schreiben auch ein Stück Geschichte der Bundesrepublik.

Man würde es gern gesehen haben, wenn dabei die Verdienste der Heldin des antifaschistischen Widerstandskampfes Hanna Melzer gewürdigt worden wäre, die auch nach 1945 bis zu ihrem Tode unermüdet für die Rechte der arbeitenden Frauen eingetreten ist und darüber hinaus für alle Frauen, die für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt wirkten.

Die Schrift ist nützlich für alle, die an der Kräfteentwicklung des Volkes interessiert sind, denn durch die Mobilisierung der Frauen kann die Arbeiterbewegung und die allgemein demokratische Bewegung einen schnelleren Aufschwung erfahren.

- **25. Juni bis 1. Juli**  
9. ordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Westberlin.
- **26. bis 30. Juni**  
8. Bundeskongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR in Berlin.
- **10. bis 14. Juli**  
10. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in London.
- **13. und 14. Juli**  
XV. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock.
- **3. bis 10. September**  
Herbstmesse in Leipzig.
- **17. bis 22. September**  
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Nürnberg.
- **17. bis 23. September**  
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund.
- **24. bis 28. September**  
10. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Hannover.
- **24. bis 30. September**  
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Mainz.
- **1. bis 6. Oktober**  
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Dortmund.

## Scheitern bei Versicherungen, Tarifabschluß bei Banken

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat die Tarifverhandlungen mit dem Verband der Versicherungsunternehmer Mitte Mai für gescheitert erklärt und das Schlichtungsverfahren eingeleitet. 96 Prozent der Mitglieder der Großen Tarifkommission hatten sich dafür ausgesprochen, die von den Unternehmern angebotene Gehaltsanhebung von 6,5 Prozent und eine Tarifkorrektur von 1 Prozent als unzureichend abzulehnen. Die Gewerkschaft HBV fordert eine Gehaltserhöhung um 9 Prozent und Beseitigung des Gehaltsrückstandes.

Im Bankgewerbe ist es dagegen Mitte Mai zu einer Einigung der Tarifparteien gekommen. Rückwirkend ab 1. März wurden die Gehälter für die 270 000 Angestellten des privaten Bankgewerbes und der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten um 6,5 Prozent, mindestens jedoch um 65 DM im Monat, erhöht. Ab 1. Oktober 1972 wird die gegenwärtige Tarifeinteilung durch ein für alle Beschäftigten einheitliches Tarifsystem mit neun Gruppen ersetzt.

# Konzertierte Aktion hoch zwei

Während in den Gewerkschaften die Forderung nach Austritt aus der konzertierten Aktion immer stärker erhoben wird, wollen die Unternehmerverbände dieses Instrument staatsmonopolistischer Lohnregulierung zu Gunsten von Höchstprofitten noch weiter perfektionieren und die Tarifautonomie weitgehendst einschränken. Ein Konzept für diesen Anschlag auf den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten und auf die Gewerkschaften veröffentlichte ein Dr. Kurt Wolf in der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 13. Mai 1972.

In dem ganzseitigen Elaborat wird allen Ernstes der Vorschlag gemacht, im Rahmen der konzertierten Aktion einen „Sonderausschuß für Tarifpolitik“ zu schaffen, der aus Vertretern der Unternehmerverbände, der Bundesbank, den zuständigen Ressorts der Bundesregierung und Vertretern der Gewerkschaften zusammengesetzt werden soll.

Der Sonderausschuß soll u. a. eine „Selbstkontrolle“ zur Verwirklichung der Zielvorstellungen der konzertierten Aktion, sprich Lohnleitlinien, ausüben, die einzelnen Tarifordnungen einer „Vorprüfung“ unterziehen und die „Verhandlungsergebnisse ... vor dem förmlichen Abschluß“ prüfen, „ob sie sich in dem tarifpolitischen Rahmen halten“. Dieser Vorschlag läuft auf eine völlige Abschaffung der Tarifautonomie hinaus und würde im Falle der Verwirklichung der Einführung eines staatlichen Tarifamtes zur Verhinderung von Lohnforderungen gleichkommen. Die vorgesehene Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern in diesem Sonderausschuß soll offensichtlich dazu dienen, die Arbeiter, Angestellten und Gewerkschafter zu besänftigen und leichter der Lohnreglementierung zu unterwerfen.

Aber es kommt noch schlimmer. In den Plänen des Herrn Dr. Wolf ist noch ein zweites Instrumentarium zur „Einschränkung“ der Tarifautonomie vorgesehen. Er plädiert für eine Zwangsschlichtung bei allen Tarifbewegungen mit zwei Instanzen. Die zweite Instanz soll nach diesem Plan „im Interesse einer ‚Überparteilichkeit‘ mit erfahrenen Tarifpolitikern besetzt werden, die nicht den streitenden Tarifparteien angehören“. Mit anderen Worten soll diese zweite Instanz jeden Lohnkampf abwürgen und obendrein noch die Befugnis einer „eigenen verbindlichen Regelung“ erhalten.

Beide vorgeschlagenen Instrumentarien sind eine Ungeheuerlichkeit, die im Falle ihrer Verwirklichung jede Lohnbewegung unmöglich machen sollen und alle bisher bekannt gewordenen Unternehmerpläne in den Schat-

ten stellen. Sie wären verfassungswidrig, weil sie das Ziel verfolgen, das gesetzlich garantierte Streik- und Koalitionsrecht aufzuheben.

Die geplanten Unternehmerprovokationen unterstreichen die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Forderungen nach bedingungslosem Austritt aus der konzertierten Aktion. Nur so kann der Unternehmerranschlag auf die Tarifautonomie erfolgreich abgewehrt und die eigene gewerkschaftliche Zielprojektion mittels der aktiven Lohn- und Gehaltspolitik durchgesetzt werden. Ganz in diesem Sinne hat die 11. ordentliche Bezirksdelegiertenkonferenz der IG Chemie — Papier — Keramik Hessen am 6. Mai im Namen von 71 000 Mitgliedern den Austritt aus der konzertierten Aktion gefordert. W. Petschick

## Zu guter Letzt:

*Referent Prof. Dr. Neumann, Köln, am 31. Mai 1972 auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV in Westberlin: „Welchen Gruppen in unserer Gesellschaft ist zum Beispiel klar, daß auch Polizei und Bundesgrenzschutz Träger und Vollzieher einer progressiven Relormpolitik sind!“*

## NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Düsseldorf; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:  
Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;  
Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 93;  
Berd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305340.

Stückpreis: 1,80 DM; Jahresabonnement: 17,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement: 8,50 DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

N

V

G

**NACHRICHTEN-Verlags-**

**Gesellschaft mbH.**

**Frankfurt am Main**